

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

3. Sitzung vom 26. April 2010 • von 19.00 bis 21.40 Uhr • Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Arsène Perroud, Präsident

**Protokollführung:** Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz:**

<b>Einwohnerrat</b>	
Mitglieder des Einwohnerrates:	36
Absolutes Mehr:	19
Zweidrittelsmehr:	24

### **Gemeinderat**

Walter Dubler, Gemeindeammann  
Matthias Jauslin, Vizeammann  
Toni Schürmann, Gemeinderat  
Paul Huwiler, Gemeinderat  
Urs Kuhn, Gemeinderat  
Bruno Breitschmid, Gemeinderat  
Ruedi Donat, Gemeinderat

### **Weitere Anwesende**

Marcel Wegmann, Bauverwalter  
Marco Veil, Chef Regionalpolizei  
Peter Hotz, Metron Verkehrsplanung

### **Entschuldigungen**

Maja Meier, Freis Wohle  
Dimitri Balazs, SP  
Kurt Neeser, FDP  
Sandra Lehmann, Freis Wohle

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11191 betreffend Genehmigung Projektierungskredit von CHF 200'000.00 für Erarbeitung Betriebs- und Gestaltungskonzept Zentralstrasse Wohlen
3. Bericht und Antrag 11177 zum Postulat 11053 betreffend die Bewilligung öffentlich zugänglicher Veranstaltungen
4. Bericht und Antrag 11181 Genehmigung Kreditabrechnungen:
  1. Anschaffung eines Pikettfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr
  2. Ideenstudie zur Gestaltung des ehemaligen „Isler-Areals“
5. Bericht und Antrag 12001 betreffend Nachtragskredit (NK) I - 2010
6. Postulat 11183 Verbesserung der Busverbindung zwischen Wohlen und Baden
7. Antwort zur Anfrage 11134 betreffend Baugesuch 2008-6250, Ferrowohlen AG, Umnutzung Stahlwerkhalle in Logistikzentrum Digitec AG, Industriestrasse 21
8. Antwort zu Anfrage 11157 betreffend IB Wohlen AG
9. Antwort zur Anfrage 11190 betreffend schamlose „Geschenk“zahlungen

Arsène Perroud, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

---

Arsène Perroud, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 15.03.2010 zu verzeichnen:

- Antwort zur Anfrage 11190 von Jean-Pierre Gallati, Peter Tanner und Bruno Bertschi, alle SVP, betreffend schamlose „Geschenk“zahlungen
- Bericht und Antrag 11191 betreffend Genehmigung Projektierungskredit von CHF 200'000.00 für die Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzeptes Zentralstrasse Wohlen
- Jahresbericht 2009 der Schule Wohlen
- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 26.04.2010
- Bericht und Antrag 12001 Nachtragskredit I – 2010 für Ersatz Parkuhren Bahnhofstrasse und testweise Einführung von System „e-park24“
- Anfrage 12002 betreffend Geschenkkzahlungen
- Anfrage 12003 Regionale Staatsanwaltschaften nach Wohlen
- Dringliche Motion 12004 betreffend Standortmarketing - Abschaffung der Ausnutzungsziffer in der Kernzone von Wohlen
- Fiko- Bericht zum Bericht und Antrag 12001 Nachtragskredit I – 2010
- Geschäftsbericht 2009 (liegt auf)
- Anfrage 12005 betreffend Sicherheit am Bahnhof (liegt auf)
- Ordnungsantrag SVP – Änderung der Traktandenliste (liegt auf)

Arsène Perroud, SP: Benno Kohli zieht die Dringlichkeit seiner Motion zurück. Ihm ist es aber ein Anliegen, dass die Motion noch vor den Sommerferien behandelt wird. Aufgrund der Pendenzenliste des Einwohnerrates wird dies aller Voraussicht nach der Fall sein. Heute wird nicht über die dringliche Motion 12004 diskutiert.

### **Fraktionserklärung SVP**

Bruno Bertschi, SVP: Im letzten Jahr bewilligte der Einwohnerrat einen Kredit von CHF 111'000.00 für die Montage von Videokameras und einer zusätzlichen Beleuchtung im Bahnhofgebiet. Die Installationen wurden inzwischen vorgenommen. Die SVP hat schon damals Bedenken geäußert, weil ein Konzept und klare Zielsetzungen für den Einsatz der Polizei und der technischen Mittel am Bahnhof fehlten. Der Gemeindeammann versprach damals dem Einwohnerrat, die Auswirkungen der Videokameras im Jahresbericht 2009 der Gemeinde darzulegen.

In den letzten Tagen und Wochen ereigneten sich beim Bahnhof verschiedene Zwischenfälle mit Schlägereien, die zu Spitalaufenthalten der Geschädigten führten. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind geschockt. Sie trauen sich nicht mehr an den Bahnhof, vor allem nachts. Zunehmend ist es leider so, dass uns die Kontrolle über den Bahnhof entgleitet. Vermutlich sind alle hier im Saal der Meinung, dass der Bahnhof kein rechtsfreier Raum für Kriminelle sein darf. Die Präsenz von Regierungsrat Dr. Urs Hofmann als Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes am Wohler Bahnhof zeigt, dass es sich nicht um Bagatellfälle handelt. Andererseits nützt uns eine blosser Präsenz von hochrangigen Politikern am Bahnhof nichts, wenn nachher nichts geschieht.

Die SVP-Fraktion ist nicht bereit, diesem Treiben noch länger zuzuschauen und fordert den Gemeinderat auf, in Zusammenarbeit mit den beiden Polizeikorps die nötigen Massnahmen zu treffen, damit Schlägereien und ähnliches Treiben gestoppt werden können. Wir verlangen eine Nulltoleranz. Das Ziel muss sein, dass am Bahnhof weder Übergriffe auf Leib und Leben noch auf das Eigentum stattfinden. Es muss rasch, sehr rasch, gehandelt werden, damit die Sicherheit am Bahnhof gewährleistet ist und Wohlen nicht noch tiefer in die negativen Schlagzeilen gerät. Wir akzeptieren keine „Balkanisierung“ in Wohlen. Das Gewaltmonopol muss unbedingt beim Staat bleiben.

Wenn die vorhandenen Videokameras zu nichts taugen, sind sie durch taugliche Geräte zu ersetzen. Das Wichtigste ist für uns aber, dass ein griffiges Konzept ausgearbeitet und umgesetzt wird. Dazu kann gehören, dass auch die unterirdischen Räume rund um die Uhr per Video und durch Polizeipatrouillen überwacht werden. Dazu ist die Polizei da. Wir haben an der letzten Sitzung den beiden neuen Stellen bei der Repol nicht zuletzt deshalb zugestimmt, weil wir uns am Bahnhof deutlich bessere Resultate erhofft haben. Bis die beiden neuen Polizisten im Einsatz sind, müssen die vorhandenen Kräfte unserer Polizei ein deutliches Schwergewicht auf den Bahnhof legen. Bisher haben wir keine Kenntnis, welche Massnahmen die Polizei in die Wege geleitet hat.

Zusammengefasst verlangen wir vom Gemeinderat, dass er zusammen mit der Polizei klare Ziele beschliesst und Massnahmen umsetzt, die die Sicherheit am Bahnhof garantieren. Leider hatte ich keine Möglichkeit, bei der Datenschutzstelle des Kantons Aargau abzuklären, ob die Videokameras überhaupt bewilligt sind, weil der betreffende Sachbearbeiter ferienhalber abwesend ist.

## Ordnungsantrag SVP

Peter Tanner, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat hier schon mehrmals darauf hingewiesen, dass die Traktandenliste gewisse Geschäfte bevorzugt behandelt. Das Erstellungsdatum wird gar nicht beachtet. Auch bei der heutigen Traktandenliste ist das der Fall, was uns zwingt, diesen Ordnungsantrag einzubringen.

Wir kennen die Wünsche (Dringlichkeit, Gäste und Berichterstattung), welche die Reihenfolge der Geschäftsbehandlung bestimmt und man kann darauf ein Stück weit auch Rücksicht nehmen. In erster Linie sind jedoch die Wünsche und Ansichten des Einwohnerrates zu berücksichtigen.

Wir fordern daher die folgende neue Reihenfolge:

Pos. alt	Pos. neu	Numm.	Datum	Kurze Beschreibung
1	1			Eingänge und Mitteilungen
2	2	11191	08.03.	Projektierungskredit CHF 200'000.00 Zentralstrasse
3	3	11177	19.10. +	Zum Postulat 11053 Bewilligung öffentl. zugängliche

			früher	Veranstaltungen
4	4	11181	10.11.	Kreditabrechnung Pikettfahrzeug und Isler-Areal
7	5	11134	12.10.	Baugesuch Ferrowohlen
8	6	11157	12.10	IB Wohlen AG
6	7	11183	15.11.	Busverbindung Wohlen und Baden
9	8	11190	08.03	Geschenkkzahlungen
5	9	12001	06.04.	Nachtragskredit 1 – 2010, Parkuhren

Wir bitten Euch, unserem Antrag zuzustimmen, um das leidige Vorziehen resp. Abstrafen von gewissen Geschäften ein für allemal zu unterbinden. Vielen Dank!

Arsène Perroud, Präsident: Ich bin eigentlich der Meinung, dass wir die Traktandenliste ziemlich weitsichtig gestalten. Grundsätzlich werden die Themen nach Dringlichkeit, Gäste und Berichterstattung berücksichtigt. Wir sind aber auch der Meinung, dass Antworten auf Anfragen, die schriftlich beantwortet sind, mit gutem Gewissen am Schluss einer Sitzung traktandiert werden dürfen und die Geschäfte, die nachher nötig sind, dass der Gemeinderat und die Verwaltung mit ihrer Arbeit beginnen können (z.B. dass die Parkuhren in Betrieb genommen werden können), diese ruhig vorher behandelt werden dürfen. Ich bitte Euch, selbstverständlich im Namen des Ratsbüros, dem Antrag nicht zuzustimmen. Über diesen Antrag stimmen wir nach den Fraktionsmeinungen und des Wortes des Gemeinderates ab. Für die Abstimmung gilt das Einfache Mehr.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Wir möchten nicht viel dazu sagen. Wir bitten den Präsidenten abstimmen zu lassen. Uns ist es ein Anliegen, dass der Nachtragskredit mit den Parkuhren heute abgehandelt wird, damit die Verwaltung arbeiten kann. Es spielt aber keine Rolle, zu welchem Zeitpunkt über dieses Thema gesprochen wird.

Jean-Pierre Gallati, SVP: Um was geht es? Es geht einfach darum, dass man systematisch sämtliche Geschäfte, die die SVP interessieren, an den Schluss der Traktandenliste stellt und das seit bereits sechs Jahren. Speziell geht es darum, dass man sämtliche Geschäfte, die die IB Wohlen AG betreffen, ebenfalls an den Schluss der Traktandenliste stellt. Es geht eigentlich nicht um die SVP. Es geht darum, dass der Rat etwas will - wann kommt es dran? Was den Rat interessiert, fällt immer an den Schluss. Ich bin eigentlich positiv überrascht, dass der Herr Gemeindeammann signalisiert hat, er könne auch damit leben, dass man die Traktandenliste wendet. Also probieren wirs doch. Wir müssen wissen, wer das festlegt. Das ist nicht das Ratsbüro, sondern der Einwohnerratspräsident und der Gemeindeammann zusammen. So steht es zumindest im Geschäftsreglement. Ich möchte beliebt machen, den Antrag von Peter Tanner gutzuheissen und die Traktandenliste zu drehen. Vor allem den beiden Herren möchte ich auf den Weg geben, gerade ältere Vorstösse, die bereits seit letztem Herbst unterwegs oder behandlungsreif sind, künftig etwas weiter oben zu platzieren. Es muss nicht an erster Stelle sein, es kann auch an dritter Stelle sein.

## **Abstimmung Ordnungsantrag**

Der Ordnungsantrag der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon

*Abänderung der Traktandenliste gemäss vorliegendem Papier*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen  
abgelehnt.

Bericht und Antrag 11191 betreffend Genehmigung Projektierungskredit von CHF 200'000.00 für Erarbeitung Betriebs- und Gestaltungskonzept Zentralstrasse Wohlen

---

Keller Anna, GPK: Warum kommt diese Vorlage jetzt? Im Agglomerationsprogramm des Bundes werden den Kantonen dieses Jahr Gelder zugesprochen. Der Bund will jedoch genauer wissen, wofür dieses Geld eingesetzt wird und verlangt bis Ende August 2010 ein Vorprojekt. Die Aufwertung des Zentrums von Wohlen und insbesondere die Ortsdurchfahrt von Wohlen, also die Zentralstrasse, ist auch ein Thema im Agglomerationsprogramm Aargau-Ost des Kantons.

Auf Gemeindeebene ist die Zentralstrasse ein Thema sowohl im Verkehrsrichtplan wie auch im Masterplan von 2009. Das ist Wohlen's Chance, um sowohl vom Bund wie vom Kanton je CHF 2 Mio. an Zuschüssen zu erhalten.

Was sind die Ziele des Projekts? Die Attraktivität des Zentrums von Wohlen soll gesteigert werden. Es soll Platz für alle geben, d.h. für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrerinnen und Velofahrer und Autofahrerinnen und Autofahrer.

Die Sicherheit für alle soll besser werden. In Wohlen haben wir ja überdurchschnittlich viele Unfälle im Zentrum mit schwerverletzten Personen. Darum soll mit niedrigerer, aber stetiger Geschwindigkeit gefahren werden. Der Lärm soll kleiner und die Luft besser werden.

Erreicht werden sollen diese Ziele durch gestalterische Massnahmen. Indem die Zentralstrasse in Plätze und Räume gegliedert wird, lädt sie vermehrt zum Flanieren und sich treffen ein und Autofahrende haben nicht eine lange Gerade vor sich. Veloabstellplätze und Kurzzeitparkplätze ergänzen die Gestaltung für Geschäftskundinnen und Kunden. Das erhöht die Attraktivität von Wohlen als Einkaufs- und Wohnort und erhöht die Attraktivität für das Gewerbe, hier Läden, Kaffees etc. zu betreiben (z.B. Zanzibar und Gelateria).

Wer kann alle diese Ziele in eine Gestaltung der Zentralstrasse einbringen? Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe für Fachleute. Deshalb werden Gemeinde und Kanton zusammen einen Wettbewerb ausschreiben. Teilnehmen können Teams mit Leuten aus den Fachbereichen Verkehr, Freiraumgestaltung, Städtebau und Umsetzungserfahrung. Daraus werden von einer Jury jene ausgewählt, die anschliessend anonym am Wettbewerb teilnehmen. In der Jury sind 5 Experten vorgesehen und je 2 Vertretern von Kanton und Gemeinde, also 9 Personen. Von einem Wettbewerb erhofft man sich eine höhere Qualität und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis.

In einem Wettbewerb gibt es in der Regel ein eindeutiges Siegerprojekt. Es besteht jedoch ein Vetorecht des Strasseneigentümers, des Kantons, und der Kostenträger, d.h. des Bundes, des Kantons und der Gemeinde.

Für diesen Wettbewerb sind die CHF 200'000.00 vorgesehen, die mit der heutigen Vorlage zur Diskussion stehen. Wobei Wohlen CHF 98'000.00 bezahlt und der Kanton CHF 102'000.00.

Für die Ausführung, die nach Agglomerationsprogramm CHF 6 Mio. kosten wird, bezahlt Wohlen knapp einen Drittel. Der Rest wird von Bund und Kanton finanziert.

Zu den Besitzverhältnissen: Die Zentralstrasse gehört dem Kanton, die Gemeinde kann beim Wettbewerb aber stark mitbestimmen. Sie wird ja auch zur Kasse gebeten. Bei der Ausführung des Projekts ist dann der Kanton federführend.

Heute hat Wohlen eigentlich zwei Durchgangsstrassen, die Zentralstrasse und die Bünzstrasse. Letztere gehört der Gemeinde.

Es sind Bestrebungen im Gange, die Besitzverhältnisse dieser beiden Strassen zu tauschen und auch den Durchgangsverkehr vermehrt auf die Bünzstrasse umzulenken. Das wird jedoch erst nach Abschluss der Umbauten an der Zentralstrasse stattfinden. Wichtig sind die Besitzverhältnisse für den Unterhalt der Strassen.

Meinung der GPK: In der GPK wurde diese Vorlage sehr ausführlich und kontrovers diskutiert. Wünschenswert fanden sie alle. Aber es gab viele Fragezeichen. Gibt es denn den erwünschten Aufschwung fürs Gewerbe? Die Gemeinde kann ja nur gute Bedingungen schaffen, der Rest liegt bei den privaten Gewerbetreibenden. Die Gemeinde hat keinen Einfluss darauf.

Kommen vermehrt Kunden? Wird die Zentralstrasse wirklich mehr belebt? Wird sie vermehrt ein Treffpunkt? Ist das nicht zu früh? Sollten wir nicht zuerst den Verkehr umleiten? Zuerst unsere Gebäude sanieren? Ist das nicht sowieso zu teuer? Schon der Wettbewerb verschlingt viel Geld. Gehört die Bahnhofstrasse nicht auch dazu? Diese gehört jedoch der Gemeinde und damit müsste diese auch die gesamten Kosten tragen.

Oder ist das gerade unsere Chance und jene des Gewerbes? Jetzt können wir Gelder von Bund und Kanton erhalten, nachher sind andere Projekte in anderen Gemeinden dran. Nützen wir diese Möglichkeit, ein attraktiveres Zentrum zu erhalten.

In der Abstimmung der GPK überwogen schliesslich die befürwortenden Stimmen mit vier Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen.

Die Zentralstrasse als Visitenkarte der Gemeinde soll nach Ansicht dieser Mehrheit ein neues Gesicht erhalten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Am 17. März 2008 ist die dringliche Motion von allen Fraktionen betreffend Entwicklung des Isler-Areals vom Einwohnerrat einstimmig überwiesen worden. Darin wurde der Gemeinderat beauftragt eine Kreditvorlage zur Erarbeitung der planerischen Entwicklung Masterplan zum Ortskern Kirchenplatz, Isler-Areal, auch obere Zentralstrasse usw. vorzulegen. Am 25. August 2008 hat der Einwohnerrat den Planungskredit für die Erstellung des Masterplans für das Ortszentrum bewilligt. Das Resultat des Masterplanes wurde im Einwohnerrat am 21. September 2009 diskutiert. Im Masterplan wurde betreffend der Zentralstrasse unter „Ziel und Zweck“ folgendes festgehalten. *Die Zentralstrasse soll als Einkaufsstrasse belebt und als Freiraum attraktiv gestaltet werden.* Bereits vorgängig, im Jahre 2007 hat der Regierungsrat auf Bestreben des Gemeinderates und der Repla Unteres Bünztal im Rahmen des Agglomerationsprogrammes Aargau-Ost die Sanierung und Aufwertung der Ortsdurchfahrten von Wohlen in sein Programm aufgenommen. Der Bund ist bereit, für die ausgewählten Infrastrukturprojekte 40 % der Kosten zu übernehmen. Das ergibt für die Jahre 2011-2014 rund CHF 80 Mio. Der Bund verlangt als Voraussetzung für den Abschluss der Leistungsvereinbarungen, dass die ausgewählten Vorhaben sowie die Abstimmung der erforderlichen planerischen Massnahmen bis Ende August 2010 im Richtplan verankert und dem Bundesrat zur Genehmigung eingereicht sein müssen. Kürzlich hat der Regierungsrat dem Grossen Rat die Botschaft betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes zugestellt. Diese beinhaltet das Paket Umsetzung der Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung. Weil der Gemeinderat bereits im Jahre 2007 gehandelt hat, kann die Aufwertung der Zentralstrasse mit Hilfe des Bundes und des Kantons vorgenommen werden. Die Zahlen haben sie vorhin gehört. Ich danke an dieser Stelle der GPK-Sprecherin für ihre detaillierten Ausführungen. Es gilt nun dem vom Einwohnerrat verlangten Masterplan für das Ortszentrum Leben einzuhauchen. Erstmals wird in Wohlen im Bereich Tiefbau ein Wettbewerb veranstaltet. Die Devise heisst „Planen und Umsetzen“. Sagen Sie „Ja“ zum Projektierungskredit und legen Sie so die Basis für die Aufwertung der Zentralstrasse.

Burkard Thomas, Grüne: Die Fraktion der Grünen stimmt diesem Projektierungskredit für die Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzeptes Zentralstrasse Wohlen einstimmig zu.

Folgende Gründe sprechen klar für die Bewilligung dieses Kredites zum jetzigen Zeitpunkt:

Die Zentralstrasse spielt im Verkehrsrichtplan, im Masterplan Ortszentrum Wohlen und auch im Agglomerationsprogramm Aargau-Ost eine zentrale Rolle. In allen diesen Planungen werden die Aufwertung und die Attraktivitätssteigerung des Zentrums Wohlen als wichtige Zielsetzung genannt. Das Herzstück dabei ist ganz klar die Zentralstrasse, welche zu diesem Zweck zuerst und in verschiedener Hinsicht umgestaltet und aufgewertet werden soll.

Es bietet sich jetzt die Gelegenheit, mit diesem Projektierungskredit die Zentrumsentwicklung mustergültig und zukunftsweisend anzuschieben. In einem weiteren Schritt sollen dann auch die Entwicklung der Bünzstrasse, der Bahnhofstrasse und der alten Bahnhofstrasse thematisiert werden. Dabei kann die Zentralstrasse als Muster und Vorbild dienen.

Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Bundesgelder aus dem Infrastrukturfonds für Agglomerationsprojekte auch zu uns nach Wohlen fließen zu lassen. Wir vergeben die Chance der Mitfinanzierung durch den Bund, wenn wir es jetzt nicht tun.

Für uns ist weiter erfreulich, dass sich der Kanton mit 51 % an der Finanzierung des Konzepts beteiligt. Damit muss die Gemeinde effektiv CHF 98'000.00 berappen.

Überzeugend ist in diesem Bericht und Antrag auch die Terminplanung.

Abschliessend sei festgehalten, dass dieser Projektierungskredit für die Zentralstrasse nichts anderes darstellt, als die konsequente Weiterführung der vorbildlich demokratisch gestalteten, breit abgestützten Planungsarbeit zu Gunsten der Weiterentwicklung unseres Dorfzentrums. Der Kredit verdient auch deshalb unsere vorbehaltlose Unterstützung.

Ja zum Projektierungskredit heisst Ja zur Zentrumsentwicklung.

Veghini Dario, SP: Die SP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit einstimmig zu. Dieses Projekt ist die logische und korrekte Entwicklung der Planungsarbeiten auf Kantons- und Gemeindeebene. Auf kantonaler Ebene ist die Aufwertung der Ortsdurchfahrt Wohlen im Agglomerationsprogramm Aargau-Ost sehr explizit und mit der höchsten Priorität erwähnt. Auf Gemeindeebene ist die Neugestaltung der Zentralstrasse ein zentrales Element im Master- und Verkehrsrichtplan. Diese Planungsarbeiten hatten das gleiche Ziel und zwar Wohlen attraktiver zu gestalten. Ob eine Aufwertung der Zentralstrasse nötig ist, ist meiner Meinung nach unbestritten. Wenn man sich gegen jegliche Verbesserungsaktivitäten ausspricht, muss man sehr gute Argumente haben. Über die Art der Aufwertung wurde ausgiebig diskutiert. Ich denke, dass die wichtigsten Elemente heute bekannt sind. Der nächste logische Schritt ist die Umsetzung. Der erste Schritt ist Gegenstand dieses Projektierungskredites. Wir sind mit dem vorgeschlagenen Vorgehen dieses Projektes einverstanden aus folgenden Gründen:

Die Auswahlkriterien erscheinen uns transparent. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Metron Verkehrsplanung AG würde die Kontinuität des ganzen Verfahrens garantieren.

Der finanzielle Aufwand von CHF 98'000.00 für die Gemeinde ist für ein Projekt der Dimension von CHF 6 Mio. absolut vertretbar. Zu erwähnen ist auch, dass die Beiträge für Projektierung und Realisierung im Finanzplan 2009-2013 vorgesehen sind. Jeder von uns will Wohlen attraktiver gestalten und die Zentralstrasse ist das richtige Teilgebiet, um zu be-

ginnen. Die Bahnhofstrasse, Bünzstrasse sowie andere Teilgebiete des Masterplanes müssen bei der Neugestaltung mitberücksichtigt werden. Die Richtlinien dazu sind vorhanden. Stillstand ist kein Erhalten der jetzigen Situation sondern eindeutig ein Rückschritt.

Isler Roger, CVP: Es ist bekannt, dass unsere Zentralstrasse nicht besonders attraktiv ist. Die Probleme sind bei der Erarbeitung des Masterplans offensichtlich geworden. Während dieses Prozesses wurde das weitere Vorgehen definiert. Dieser Bericht und Antrag ist der nächste Schritt und das Vorgehen ist aus unserer Sicht konsequent und richtig. Auch der Zeitpunkt erscheint richtig und logisch. Gemäss dem Vorgehensplan hat die Gemeinde Wohlen jederzeit den grösstmöglichen Einfluss, bezahlt aber nun bloss die Hälfte der Planung und später einen Drittel der Realisierung. Durch den Projektwettbewerb wird eine hohe Qualität gesichert. Es handelt sich um eine komplexe, interdisziplinäre Planung. Die unterschiedlichsten Interessen von Verkehr, Parkierung, Gewerbe, Fussgänger, Gastgewerbe, etc. müssen berücksichtigt werden. Dies ist anspruchsvoll aber möglich, dazu gibt es einige Beispiele.

Seit Jahren kritisiert der Einwohnerrat den Kanton zurecht, dass das Freiamt und speziell die Gemeinde Wohlen links liegengelassen wird. Dies obwohl im kantonalen Richtplan einige Massnahmen für die Gemeinde Wohlen enthalten sind.

Nun hat man die Situation, dass gemäss Agglomerationsprogramm Aargau-Ost das Geld für eine „Sanierung/Aufwertung Ortsdurchfahrten“ zur Verfügung steht. Selbstverständlich ist eine solche Aufwertung nicht ganz gratis. Es stellt sich nun aber die Frage, ob man auf dieses Angebot eingehen möchte oder ob man sich diese Chance und damit das Geld entgehen lassen möchte.

Aus Sicht der CVP-Fraktion wäre es das absolut falsche Signal, wenn wir Wohler nun nicht partizipieren würden. Man hat in der Stadt-Diskussion oft gehört, dass man attraktiver werden müsse und ein Zentrum brauche. Hier ist nun die Möglichkeit. Wir sollten unser Zentrum gestalten, für das Gewerbe, für die Kunden, für Wohlen. Wir zählen dabei auf alle, die Wohlen wirklich weiter bringen wollen. Die CVP Wohlen stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Kohli Benno, FDP: Durch die Neubauten der Grossverteiler Migros und Coop anfangs der 90er Jahren hat sich das Zentrum von der Zentralstrasse an den Bahnhof verschoben. Mit dem Fehlen eines Publikums-magnetes und dem Mangel an Parkplätzen an der oberen Zentralstrasse sowie des Fehlens von Investitionen in die Ladenlokale, hat sich die Attraktivität der oberen Zentralstrasse leider massiv verschlechtert. Am Bahnhofsgelände herrscht Goldgräberstimmung, die obere Zentralstrasse verödet. Wir haben dort viele Läden zweiter und dritter Qualität. Von der Bevölkerung wird das Zentrum nicht wahrgenommen. Zum Shoppen gehen die Leute nach Aarau, Lenzburg und Zürich. Dabei wäre es für uns alle ein Gewinn, wenn diese Umsätze in Wohlen gemacht würden und wir mit mehr attraktiven Geschäftslagen bessere Geschäfte in Wohlen hätten. Damit wir aber gute Geschäfte haben können, müssen die Kundenfrequenz und das Parkplatzangebot stimmen. Der Aufenthalt als Passant muss angenehm sein. Im Sinne einer Standortförderung müssen wir unbedingt bessere Voraussetzungen schaffen, damit sich das Zentrum wieder bis zur Katholischen Kirche ausdehnt. Mit der Umgestaltung der Zentralstrasse kann dies das Zentrum wieder tun. Verschiedene Voraussetzungen müssen jedoch erfüllt werden.

1. Der Durchgangsverkehr muss klar auf die Bünzstrasse verschoben werden. Der neu gewonnene Platz, den wir infolge der Verengung der Verkehrsfläche erhalten, soll den Geschäften beidseitig der Strasse für Auslagen und Aussenstände zur Verfügung gestellt werden.
2. Es müssen mehr Kurzzeitparkplätze zur Verfügung stehen und zwar direkt vor den Geschäften. In Wohlen funktionieren wir noch mit dem Auto. Wir sind noch nicht Baden oder Aarau.
3. Die Gestaltung muss auch einen hochwertigen Bodenbelag vorsehen, so dass es langfristig eine gute Sache ist und nicht in 20 Jahren wieder herausgenommen werden soll.

Ich bin der Meinung, dass dieses Geschäft eines der wichtigsten für die Entwicklung und die Attraktivitätssteigerung von Wohlen ist. Die vorgesehenen Kosten von CHF 6 Mio., resp. Gemeindeanteil 2 Mio., empfinde ich als relativ tief. Ich bin bereit, das Doppelte oder Dreifache dafür auszugeben. Dieses Geschäft bringt schlussendlich einen Return, indem wir neue Geschäfte ansiedeln können, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generieren. Ob sich nun der Bund, der Kanton oder sogar beide daran beteiligen, ist für mich zweitrangig. Subventionen sind mir sowieso suspekt und sollten generell abgeschafft werden. Diese Vorlage ist aber der erste Schritt in ein besser gestaltetes Zentrum. Sie ist richtig und gut ausgearbeitet. Die Kosten sind für einen Wettbewerb adäquat und gerechtfertigt. Ich bitte euch, diesem wichtigen Geschäft zuzustimmen und möchte euch mitteilen, dass die FDP-Fraktion dem einstimmig zustimmen wird.

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon lehnt diese Vorlage ab.

Dieses Projekt könnte zu einer Aufwertung für Wohlen führen. Ob und in welchem Umfang dies jedoch der Fall sein wird, ist fragwürdig. Auch ist fragwürdig in welchem Umfang der betreffende Planer die wirtschaftlichen Aspekte, d.h. die berechtigten Anliegen des Gewerbes miteinbeziehen wird.

Ob man will oder nicht, das Zentrum hat sich bereits seit längerer Zeit in Richtung Bahnhof verlagert. Inwiefern eine solche Investition in dieser Höhe auch wirklich rentabel ist, kann niemand mit Sicherheit beantworten. Beispiele von anderen Gemeinden zeigen, dass sich eine solche Investition nicht lohnt.

Unter den folgenden Voraussetzungen könnten wir uns jedoch für ein solches Projekt erwärmen.

1. Die Bünzstrasse müsste zur Kantonsstrasse werden
2. Die heutige Parkplatzsituation ist unbefriedigend. Aus diesem Grunde braucht es in erster Linie keine Aufwertung des Innenraums, sondern genügend und zentral gelegene Parkplätze, d.h. ein Parkhaus. Die fehlenden Parkierungsmöglichkeiten im Zentrum sind der grösste Mangel unseres Zentrums.
3. Der in Aussicht gestellte Zustupf des Kantons sowie des Bundes ist noch in der Schwebe. Für uns müsste hier eine definitive Zusicherung bestehen, bevor wir den Start dieses Projektes gutheissen.

Das Ganze hat für uns etwas von einem Hauch eines Winterschlussverkaufes. Die Preise sind am Purzeln und noch schnell soll ein Schnäppchen erstanden werden. Es wird nicht gross überlegt, ob das Geld auch wirklich für diese Sache gut angelegt ist oder ob doch eine andere Sache prioritär wäre. Hauptsache ist, dass es eine Preisreduktion gibt. Wir dürfen nicht vergessen, dass Wohlen in den nächsten Jahren noch einige grosse Positionen auf seiner Einkaufsliste hat.

Bertschi Bruno, SVP: Wir haben von etwa vier Seiten gehört, dass wir in der glücklichen Lage seien, dass uns Bund und Kanton Gelder sprechen. Ich möchte daran erinnern, dass das Geld das vom Kanton und vom Bund kommt, ebenfalls von uns ist. Das sind Steuergelder. Ob das beim Bund Zoll- oder Mehrwertsteuern sind, spielt keine Rolle. Das ist kein Geschenk des Himmels.

Geissmann Thomas, FDP: Wohlen ist die Geschichte eines kleinen Jungen. Er steigt auf einen Baum und merkt plötzlich, dass der Ast, auf dem er sich befindet, langsam abbricht. Der Junge hat nun zwei Strategien. Erstens, er wartet ab, isst nichts mehr, magert ab und

wenn er Glück hat, hält der Ast. Zweitens, er sucht sich einen stärkeren Ast, der auch wirklich hält, und er keine Angst haben muss, dass er runterfällt.

Ich hoffe, alle Anwesenden verstehen die Analogie. Die SVP schlägt uns die Strategie 1 vor. Wir sollen mit allem zuwarten, es kommt noch etwas Besseres. Das Problem ist, dass nichts Besseres kommt. Das sind alles verpasste Chancen. Wir haben bei der letzten Einwohneratssitzung den Rebberg erlebt, jetzt sprechen wir über die Zentralstrasse. Man hat immer die Erwartungshaltung, es komme etwas Besseres. Ich verstehe diese Strategie nicht. Wir haben den Gemeinderat beauftragt, einen Masterplan zu erstellen. Nun geht es an dessen Umsetzung. Wir haben die besten Voraussetzungen, im Gegensatz zum Rebberg können wir nicht mehr gross über die Kosten diskutieren. Es ist eine sehr gute Vorlage und auch diese wird seitens der SVP abgelehnt. Punkto Parkplätze. Vis-à-vis von uns ist das Parkhaus Vögele, das ständig halb leer ist. Ich weiss nicht, warum wir über fehlende Parkplätze diskutieren. Wobei es auch kein Bestandteil dieses Projektierungskredites ist. Ich bitte wirklich alle, in die Zukunft zu schauen. Wir haben vom Volk den Auftrag gefasst, Wohlen weiter zu entwickeln und nicht an die Wand zu fahren.

Keller Anna, Grüne: Das ist klar, dass das Geld vom Kanton und Bund auch von uns ist. Aber ich möchte, dass davon auch etwas nach Wohlen zurückkommt und nicht alles irgendwo im Mutschellen oder wo auch immer landet. Ich bin dafür, dass wir versuchen, unseren Anteil zu erhalten. Das mit dem Parkhaus ist ja nett. Aber was nützt ein Parkhaus und es kommt niemand, weil alle der Meinung sind, dass das Zentrum nicht attraktiv ist. Was sollen wir hier? Wir gehen lieber anderswo hin. Dann haben wir das Parkhaus für nichts.

## **Antrag**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Bewilligung Projektierungskredit von CHF 200'000.00 für die Erarbeitung Betriebs- und Gestaltungskonzept Zentralstrasse Wohlen*

wird mit 24 Ja zu 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

---

Gregor Ariane, GPK: Als Fachpersonen standen der GPK für diesen Bericht und Antrag auf gemeinderätlicher Seite Toni Schürmann und für die Regionalpolizei Peter Christen zur Verfügung.

Der Postulant Alain Thiébaud verfolgte das Ziel, für Organisatoren eine gewisse Rechtssicherheit zu erreichen, dass ein von der Behörde bewilligtes Fest auf keinen Fall von der Regionalpolizei abgebrochen werden kann. Wenn ein Fest für junge, mittlere oder ältere Besucher mitten in der Nacht durch Polizeieinsatz geräumt wird, ist dies für alle Seiten keine erfreuliche Massnahme. Es bleiben schlechte Gedanken, Wut, Enttäuschung und auch Ratlosigkeit zurück. Alain Thiébaud wollte mit dem Postulat das Polizeireglement der Gemeinde Wohlen überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vornehmen lassen.

In der Bearbeitung dieses Auftrages ist ein umfangreicher Leitfaden entstanden, damit sich der Veranstalter eines grösseren Anlasses auch die notwendigen Gedanken macht. Es sind alle relevanten Themen, wie Angaben der verantwortlichen Personen, Plakatwerbung, finanzielle Sicherheiten, Wirtetätigkeit, Jugendschutz, Alkohol, Lebensmittelkontrolle, Abfallentsorgung, sanitäre Einrichtungen, Nachtruhe, Sicherheit, Brandschutz, Sanitätsdienst und Parkieren enthalten. Die Themenbereiche sind mit Fragen, Gesetzestexten und den entsprechenden Links für weitere Informationen versehen. Als Politikerin finde ich dieses Dokument sehr ausführlich, zeitgemäss und als Informationsmittel für angehende Veranstalterinnen und Veranstalter geeignet.

Der Gemeinderat hat die Kompetenz, Bewilligungen für Anlässe zu erteilen, an die Repol delegiert. Bewilligung und Kontrolle durch dieselbe Instanz kann Konflikte hervorrufen. Aus Sicht der GPK wäre es von Vorteil, wenn die Bewilligungsbehörde nicht auch das Kontrollorgan wäre.

Das Hauptproblem bei öffentlichen Veranstaltungen ist der Lärm. Laute Musik, Motorengeräusche, Hundegebell etc. werden verschiedenartig wahrgenommen. In Wohngebieten sinkt vor allem nachts die Toleranzgrenze. Sobald Reklamationen infolge Lärmimmissionen bei der Regionalpolizei eingehen, muss die Repol einschreiten, denn das Polizeireglement dient der Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Sittlichkeit auf dem ganzen Gebiet der Gemeinde. Auch wenn ein Fest bewilligt wird, gelten nach wie vor Regeln, die es einzuhalten gilt.

Im Bericht ist die formaljuristische Sicht über ein mögliches Abändern der Artikel 14 und 15 detailliert aufgeführt. Ich verzichte auf lange Wiederholungen. Es wird klar ersichtlich, dass die ganze Bewilligungspraxis viel komplizierter würde, die Juristen Arbeit bekämen und grundsätzlich vom Mitmenschen keine Toleranz mehr erwartet wird, sondern nur noch Regeln hoch gehalten werden.

Alain Thiébaud hat mit seinem Postulat viel erreicht. Durch den entstandenen ausführlichen Leitfaden ist eine Informationsschrift entstanden, welche die Veranstalter zu Hilfe nehmen können. Zusätzlich steht die Regionalpolizei bei Anfragen beratend zur Verfügung.

Aus diesen Gründen stimmt die GPK dem gemeinderätlichen Antrag, den Bericht 11177 zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt zu erklären, einstimmig zu.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich danke der GPK-Präsidentin für ihre Ausführungen. Ich möchte mich zuerst dafür entschuldigen, dass es so lange gedauert hat, bis das Postulat behandelt werden konnte. Der Gemeinderat hat sich mit dem Postulat intensiv auseinandergesetzt und das Anliegen geprüft. Die ausführlichen Erwägungen sind im Bericht enthalten.

Der Gemeinderat hat das Anliegen zudem beim Departement Volkswirtschaft und Inneres abgeklärt. Laut Departement des Innern hätten die vorgeschlagenen Reglementsänderungen aber nur geringe oder keine Auswirkungen gegenüber dem heutigen Reglement. Wie sie dem Bericht entnehmen können, ist es nach Ansicht des Gemeinderates aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll, das Reglement zu ändern. Er ist der Meinung, dass es andere wirkungsvolle Möglichkeiten gibt, die direkt umgesetzt werden könnten, wenn Unklarheiten bestehen. Die Polizei hat deshalb den angesprochenen Leitfaden „Organisation einer Veranstaltung in Wohlen“ wie es sie auch in anderen grossen Gemeinden gibt, mit verschiedenen Hinweisen und Links erstellt, wo je nach Grösse der Veranstaltung Bedingungen für eine Bewilligung aufgeführt sind. Je nach Veranstaltung wird auch im Rahmen des Delegationsreglementes entschieden, ob die Polizei oder der Gemeinderat über eine Bewilligung beschliesst. Auch bietet die Polizei bereits heute Beratungen für Veranstalter an.

Ich möchte ebenfalls festhalten, dass auch der Gemeinderat der Meinung ist, dass Anlässe und Feste ein wesentlicher Teil des kulturellen Angebotes in Wohlen darstellen und zur Attraktivität beisteuern. Er ist daran interessiert, dass Feste und Veranstaltungen problemlos durchgeführt werden können. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass das mit dem heutigen Reglement möglich ist. Die Erfahrungen zeigen aus verschiedenen Beispielen, dass in Wohlen Feste und Veranstaltungen ohne Probleme durchgeführt werden können. Dies hängt aber auch von der Toleranz der Betroffenen ab. Der Gemeinderat bittet sie, den Bericht in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt zu erklären.

Waeber Roger, CVP: Die CVP ist einstimmig für den Bericht 11177.

Auch für die CVP ist es wichtig, dass öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden können. Aus unserer Sicht sind die Voraussetzungen dafür bereits heute gegeben. Die Regionalpolizei berät schon heute und der ausführliche Leitfaden dient den Organisatoren als Orientierungshilfe.

Wir nehmen den Bericht 11177 zur Kenntnis und erachten das Postulat 11053 als erledigt.

Suter Stefan, SP: Wir sind für die Annahme von Bericht und Antrag 11177. Die Forderung des Postulates 11053 wäre zwar eine Einladung für mehr Veranstaltungen, bewegen sich aber bald auf rechtlichem Glatteis. Wir können den Veranstaltern keinen Freipass für die Durchführung seiner Veranstaltung geben. Leitplanken müssen gegeben werden, damit ein Anlass sicher und vernünftig im Rahmen ablaufen kann. Das dient zur Sicherheit des Einzelnen und der Mehrheit. Auch die Teilnehmer bzw. die Anwohner wollen nicht zu fest mit der Störung belastet werden. Zudem sollte es nicht Pflicht der Polizei sein, den Veranstalter beraten zu müssen. Sondern es sollte die Pflicht des Veranstalters sein, die Polizei über seine Veranstaltung zu informieren und anzufragen, welche Massnahmen und Bewilligungen benötigt werden. Die Erarbeitung des Leitfadens erachten wir als überaus sinnvoll. Dieser ist für den Veranstalter, für die Organisation sehr hilfreich, um rechtliche Voraussetzungen und Massnahmen durchzuführen. Zudem kann eine Änderung im Leitfaden schneller und unbürokratischer vorgenommen werden als in einem Reglement. Eine Frage ist für uns noch offen: Ab wann wird der Leitfaden eingesetzt?

Duschén Andrea, FDP: Die gewünschten Verbesserungen von Alain Thiébaud sind weitgehend erreicht worden mit dem neuen Leitfaden. Wir sind der Meinung, dass die Bewilli-

gungen zur Zeit problemlos laufen. Sollten trotzdem Probleme auftauchen, müsste man das Ganze neu betrachten. Im Moment nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis und schreiben das Postulat einstimmig ab.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Der Leitfaden besteht seit das Postulat den Einwohnerräten per Post zugestellt wurde und er kann bei der Polizei bezogen werden.

## **Antrag**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Der Einwohnerrat möge den Bericht 11177 zum Postulat 11053 betreffend Bewilligung öffentlich zugänglicher Veranstaltungen zur Kenntnis nehmen und das Postulat als erledigt erklären.*

wird mit 34 Ja zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Bericht und Antrag 11181 Genehmigung Kreditabrechnungen:**

1. Anschaffung eines Pikettfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr
  2. Ideenstudie zur Gestaltung des ehemaligen „Isler-Areals“
- 

Lanz Christian, Fiko:

1. Kreditabrechnung zur Anschaffung eines Pikettfahrzeuges für die Feuerwehr Wohlen:

Am 17. März 2008 hat der Einwohnerrat dem Antrag, ein solches Fahrzeug für einen Bruttokredit von CHF 452'238.00 anzuschaffen, einstimmig zugestimmt. Ich habe mir vom Feuerwehrkommandanten, Herr Christen, versichern lassen, dass das Fahrzeug laut Auftrag an die Feuerwehr Wohlen ausgeliefert wurde. Das Fahrzeug ist bereits in Betrieb. Von den Subventionen des Aargauischen Versicherungsamtes sind am 4. November 2009 Subventionsbeiträge von CHF 154'239.00 bei der Gemeinde eingetroffen, damit betragen die Nettoinvestitionen zu Lasten der Einwohnergemeinde noch CHF 297'999.00. Wir haben Buchungen und Belege geprüft und für in Ordnung befunden. Das ganze Geschäft weist eine Kreditabweichung von 0 % resp. CHF 0.00 aus und so bitten wir Sie, der vorliegenden Kreditabrechnung zuzustimmen.

2. Gestaltung des ehemaligen Isler-Areals

Der Einwohnerrat hat am 25. August 2003 einem Bruttokredit von CHF 70'000.00 zugesprochen, um Ideen für die Gestaltung des Areals zu sammeln (evtl. Parkhaus unterirdisch und noch ein paar Parkplätze). Für die Ideenstudie wurde vom Gemeinderat eine Arbeitsgruppe gebildet, unter dem Vorsitz des ehemaligen Gemeinderates René Meier. In verschiedenen Sitzungen, Zusammenkünften und Augenscheinen in anderen Gemeinden und Städten hat man nach Möglichkeiten gesucht, wie man das Areal gestalten könnte. Es lagen viele Ideen vor. Als René Meier aber gemerkt hat, dass die Arbeitsgruppe für seinen Wunsch von 120 Parkplätzen für das Casino nicht zu gewinnen ist, wurde die Arbeitsgruppe bei Nacht und Nebel aufgelöst und auf Eis gelegt. Somit ist es auch keine Kunst, eine Kreditunterschreitung von 67,5 % zu erreichen. Wir haben die vorhandenen Belege geprüft. Was uns aber gestört hat, ist dass für circa CHF 15'000.00 Steine umgesetzt oder entfernt wurden. Dies hatte nichts mit der Arbeitsgruppe des ehemaligen Isler-Areals zu tun. Das Geld ist weg, ob man es hier oder einem anderen Konto belastet. Wir bitten den Gemeinderat, in Zukunft die Gelder, die er benötigt für zweckentfremdende Sachen, den richtigen Konten zuzuführen. Man hat von den CHF 70'000.00 eine Nettoinvestition von CHF 22'753.15 dadurch gebraucht, dass die Steine weggetragen wurden. Wir bitten den Rat aber auch hier, der Kreditabrechnung zuzustimmen.

Brunner Erwin, SVP: Wie wir dem Prüfungsbericht der Fiko entnehmen konnten, fand keine Abweichung zum bewilligten Kredit für das Pikettfahrzeug statt. Das heisst mit anderen Worten, der bewilligte Kredit wurde eingehalten und entspricht genau der Offerte. Dies zeugt von der hervorragenden Arbeit aller beteiligten Instanzen. Gemäss Auskunft des Feuerwehrkommandos sitzt jede Schraube und jedes noch so kleine Detail am neuen Pikettfahrzeug wie vorgesehen an seinem Platz. Deshalb steht die Fraktion der SVP geschlossen hinter der Kreditabrechnung des Pikettfahrzeuges.

Im Namen der Feuerwehr Wohlen möchte ich Ihnen einige Erläuterungen zu diesem neuen PIF bekannt geben. Das PIF ist im Prinzip ein fahrendes Feuerwehrmagazin ohne Wasser. Die Haupteinsatzgebiete dieses Fahrzeuges sind vor allem Strassenrettungen und

Elementarereignisse. Das Fahrzeug entspricht vollumfänglich den Richtlinien der Aargauischen Gebäudeversicherung.

Letztes Jahr durfte die Feuerwehr Wohlen das neue Fahrzeug übernehmen. Am 20. Juni 2009 wurde das Fahrzeug mit einem würdigen Akt und dem dazugehörigen Fest gebührend eingeweiht. Seither wurde das PIF bereits in 12 Ernstfällen eingesetzt. Der erste Einsatz am 01. August 2009 war ein Verkehrsunfall in Büttikon. Aufgeteilt sind diese Einsätze bis heute in 7 Strassenrettungen (Verkehrsunfälle), 2 Elementarereignisse, 1 Wasserleitungsbruch und 2 Brandfälle.

Die Feuerwehr Wohlen möchte sich für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken und versichert Ihnen, weiterhin mit bestem Wissen und Können, natürlich auch in Zusammenarbeit mit den anderen Einsatzkräften, Polizei und Sanität, für Ihre Sicherheit in Wohlen und Umgebung besorgt zu sein.

Roeleven Corina, CVP: Die Notwendigkeit des Pikettfahrzeuges stand nie zur Debatte. Mittlerweile wurde das Fahrzeug ausgeliefert und sogar Subventionen wurden angenommen und es gab keine Kreditabweichung.

Zur Ideengestaltung für das Isler-Areal: Bis heute gelangte man zu keinem Abschluss. Das ist nicht sehr glücklich. Aber das steht bei der Kreditabrechnung eigentlich nicht zur Debatte. Die CVP ist einstimmig dafür, dass man den Antrag zur Annahme der Kreditabrechnungen gutheisst.

Tanner Peter, SVP: Zur Kreditabrechnung „Gestaltung Isler-Areal“. Die SVP-Fraktion lehnt die vorliegende Kreditabrechnung ab. Die im Kommentar des Gemeinderates genannten Summen zwischen CHF 410'000.00 und 540'000.00, je nach Lösung, sind irreführend. Die Arbeitsgruppe hat auch Lösungen erarbeitet mit Kosten weit unter CHF 100'000.00.

Im Jahr 2003 hat der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, das Isler-Areal einer sinnvollen Nutzung für die Allgemeinheit zuzuführen. Der Gemeinderat hat deshalb die Gestaltungskommission ins Leben gerufen. Der Auftrag ist danach aber vom Gemeinderat nicht erfüllt worden. Das ist eine eindeutige Verletzung des Auftrages.

Von einer Kreditunterschreitung um 67.5 % zu reden, ist deshalb nicht angebracht. Richtig ist, dass der Gemeinderat den erteilten Auftrag in keiner Weise erfüllt hat. Und dafür hat er erst noch über CHF 20'000.00 verbraucht. Der Einsatz der Arbeitsgruppe hat im Resultat überhaupt nichts gebracht, weil der Gemeinderat die Ideen der Arbeitsgruppe einfach nicht beachtet und die Arbeitsgruppe mir nichts dir nichts aufgelöst bzw. beerdigt hat. Der Gemeinderat ist von seinem Auftrag nicht entbunden worden. Er wird somit aufgefordert, seinen Antrag auf Kreditabrechnung zurückzuziehen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, sollte der Einwohnerrat den gemeinderätlichen Antrag auf Abrechnung ablehnen.

Es ist hinlänglich bekannt, dass der Gemeinderat nur solche Aufträge des Einwohnerrates ausführt, die ihm genehm sind. Beispiele: Einführung der Schulsozialarbeit – da geht es sehr schnell. Festlegung der Strompreise durch den Einwohnerrat - da geht seit anderthalb Jahren gar nichts. Wieso nicht? Weil es dem Gemeinderat und den Mächtigen in Wohlen nicht passt.

Im Weiteren machen wir auf eine ganz neue Situation beim Isler-Areal aufmerksam, die einigen Kolleginnen und Kollegen gar nicht bekannt ist. Das Kantonale Departement Bau, Verkehr und Umwelt hat letztes Jahr eine neue Hochwasserstudie im Kanton, im Freiamt und in Wohlen, die sog. Gefahrenkarte erstellt. Diese hat in Wohlen eine brisante, ja gefährliche Situation im Bereich des Isler-Areals ergeben. Am 25. Januar 2010 haben wir hier im Casino eine Präsentation über die Hochwassergefahren für Wohlen und andere Gemeinden gehabt. Zur Bannung dieser ausserordentlichen Gefahr ist ein Schutzdamm am Woh-

ler Ostrand (Nähe Schrebergärten) vorgeschlagen worden. Ohne diesen Damm bleibt das Isler-Areal stark hochwassergefährdet. Die Erstellungszeit des Dammes beträgt ab heute mindestens fünf Jahre. Die Kosten für Wohlen werden gegen CHF 5 Mio. Franken betragen.

Gestützt darauf ist anzunehmen, dass das Isler-Areal noch weitere fünf oder mehr Jahre im heutigen Zustand verbleibt. Wäre es da nicht sinnvoller, das Isler-Areal mit einer naturnahen Lösung zu verschönern und besser zu pflegen, als die restlichen CHF 47'000.00 abzubuchen? Im heutigen Zustand ist das Isler-Areal nämlich ein richtiger Schandfleck. Wer Augen hat, der möge hinsehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die SVP bittet euch, die vorliegende Kreditabrechnung abzulehnen.

### **Abstimmung 1**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung der Kreditabrechnung Anschaffung eines Pikettfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr*

wird mit 36 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen zugestimmt.

### **Abstimmung 2**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung der Kreditabrechnung Ideenstudie zur Gestaltung des ehemaligen Isler-Areals*

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Erb Otto, Fiko: Zu Punkt 1. Die Fiko teilt mehrheitlich die Meinung des Gemeinderates, dass die momentane Situation ohne Parkplatzbewirtschaftung an der Bahnhofstrasse, insbesondere im vorderen Teil der Migros-Bank, sowohl für die Geschäftsinhaber an der Bahnhofstrasse wie auch für die Gemeinde nicht von Interesse sein kann. Im Zuge der Neumarkierung durch den Neubau des Hauses Janus, der wegfallenden Parkfelder und einer Neuordnung der bestehenden, sollen auch die veralteten, teils nicht mehr funktionsfähigen Parkuhren ersetzt werden. Zudem werden sieben neue bewirtschaftete Parkfelder erstellt. Gegen den Antrag spricht höchstens, dass das im Bericht erwähnte neue Parkkonzept noch nicht vorliegt. Obwohl seit der Ablehnung des alten Konzeptes rund zwei Jahre vergangen sind. Es wäre also durchaus möglich gewesen, in dieser Zeit ein neues Konzept zu erarbeiten und mit dem Bericht und Antrag dem Einwohnerrat vorzulegen.

Zu Punkt 2. Die Fiko ist klar gegen die Testeinführung von e-park24 an der Bahnhofstrasse bis das eben erwähnte Parkierungskonzept vorliegt. Wir erachten die Bahnhofstrasse für eine Testphase von e-park24 als ungeeignet. Wegen der hohen Rotation der Benutzer macht eine möglichst einfache Zahlung der Gebühr Sinn. Es gäbe vermutlich bessere Standorte, z.B. den Kirchenplatz oder den Parkplatz hinter dem Modegeschäft Mazzotta. Aufgrund der Kompaktheit des Platzes und nur einer Parkuhr wäre ein Test eher angebracht. Auch wären die Kosten für die Anschaffung der notwendigen teuren Kontrollgeräte und die vielen Markierungstafeln bei einer Nichtakzeptanz in der Bevölkerung vergebens gewesen. Ein Verlust von rund 22 % der Gebühren für die Administration wäre ebenfalls hinzunehmen. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, in der Gemeinde Thalwil am Zürichsee vorbeizuschauen. Thalwil hat das System e-park24 eingeführt. Ich habe mit dem zuständigen Polizisten einen Augenschein genommen. Bei diesem Gespräch und der damit zusammenhängenden Demonstration des Systems hat sich gezeigt, dass die Akzeptanz bei den Benutzern unter 30 % liegt. Auf dem Platz, den wir aufsuchten, haben zum Zeitpunkt meiner Anwesenheit innerhalb der letzten 24 Stunden gerade zwei Personen das e-park24 benutzt. Einer davon war ich. Zudem ist zu sagen, dass der Zeitaufwand für die Kontrolle zweier parallel laufender Systeme erheblich grösser ist, wie mir der Polizist auch beweisen konnte. Ich habe mit zufällig anwesenden Parkplatzbenützern gesprochen und habe sie gefragt, warum sie mit Münz bezahlen und nicht mit dem Handy. Kurze Antwort: Es ist einfacher. Die Fiko stellt deshalb folgenden Abänderungsantrag:

### **Abänderungsantrag**

*Der beantragte Kredit von CHF 26'950.00 ist um CHF 5'250.00 (Kosten „e-park24“) auf CHF 21'700.00 zu reduzieren.*

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag für die Reduktion und nachher um Zustimmung für die CHF 21'700.00, damit wir die Parkuhren an der Bahnhofstrasse trotzdem ersetzen können.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich möchte dem Fiko-Präsidenten für seine Ausführungen danken. Für den Neubau des Wohn- und Geschäftshauses Janus an der Bahnhofstrasse mussten die dortigen Parkuhren und -felder entfernt werden. Das Geschäftshaus ist fertig und die Parkplätze müssen wieder markiert und bewirtschaftet werden. Die jetzige Situation ist weder im Interesse der Gemeinde noch der Geschäftsinhaber. Es soll wieder garantiert sein, dass es keine Dauerparkierer gibt und die gewünschten Rotationen der parkierten Autos stattfindet. Zudem kann es nicht sein, dass auf dem Rest der Bahnhofstrasse Gebührenpflicht besteht und dort nicht. Die alten Parkuhren sind über 25-jährig und genügen nicht mehr. Es gibt keine Ersatzteile mehr und sie sind häufig defekt. Es macht keinen

Sinn, diese nochmals dort einzubauen. Bei den anderen Geräten an der Bahnhofstrasse sieht das nicht anders aus. Die Parkuhren sollen bei dieser Gelegenheit durch 5 neue, moderne Sammelparkuhren ersetzt werden. Mit den solarbetriebenen und praktisch wartungsfreien Parkuhren kann die ganze Bahnhofstrasse bewirtschaftet werden. Die Parkplätze an der Bahnhofstrasse weisen eine Auslastung von 80 - 100 % aus. Der Gemeinderat möchte parallel dazu das neue Parksystem e-park24 an der Bahnhofstrasse testen. Wir sind überzeugt, dass solche Zahlungssysteme immer mehr den zukünftigen Bedürfnissen entsprechen. Es ist ein einfaches, modernes Parkgebührensysteem, das mit dem Handy bedient werden kann. Mit dem Test soll die Akzeptanz in der Bevölkerung ausgelotet werden. Die Fiko stellt nun einen Abänderungsantrag zur Einführung der Testphase. Der Gemeinderat bittet Sie, den Abänderungsantrag abzulehnen. Die Kosten von CHF 5'250.00 für das Testen des neuen Systems sind unserer Ansicht nach vertretbar. Wohlten ist die viergrösste Gemeinde im Kanton Aargau und da soll auch ein modernes System möglich sein. Nur indem man dieses System testet, kann die Akzeptanz ausgelotet werden und wie viel Aufwand die Kontrollen geben. Das System ist zudem mit dem Bussenverarbeitungsprogramm der Polizei kompatibel. Wir bitten sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Gregor Ariane, GPK: Als GPK-Präsidentin bin ich leicht irritiert über dieses Vorgehen. Im Geschäftsreglement steht, dass der GPK die Vorberatung von Kredit- und Sachvorlagen obliegt. Die testweise Einführung des Parksystems „e-park24“ ist meiner Meinung nach eine Sachvorlage, angehängt an einen Nachtragskredit. Die GPK hat keine Prüfung des Geschäftes vorgenommen.

Ich werde keine Rückweisung beantragen, aber auch kein GPK-Votum abgeben, da ich mich mit meinen GPK-Kolleginnen und Kollegen nicht abgesprochen habe.

Dem Einwohnerratsbüro lege ich die Bitte nahe, alle Sachgeschäfte in die GPK zu geben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich war bei der Fiko und anschliessend auch in der GPK. Es handelt sich hier um eine ausführliche Begründung einer Erhöhung eines Nachtragskredites. Man hat dem Anliegen Rechnung getragen, das vom ehemaligen Fiko-Präsidenten immer vertreten wurde. Man soll eine ausführliche Begründung vortragen. Betrachten Sie auch die Verhältnismässigkeit der Beträge beim Gesamtumsatz der Gemeinde (70 Mio.). Der Weg war in diesem Sinne korrekt. Es ist ein Nachtragskredit zu einem Voranschlagskredit. Das heisst, wir haben keine Reserven im Budget, deshalb können sie in dieser Form nun entscheiden.

Vogt Roland, SVP: Der Gemeinderat verlangt einen Nachtragskredit für den Ersatz von Parkuhren an der Bahnhofstrasse und einen Teil für die Einführung für ein neues System. Wir wissen ja gar noch nicht, was an der Bahnhofstrasse ist. Die CVP hat ein Postulat eingereicht für Einbahnverkehr an der Bahnhofstrasse. Wir sprechen über Geld, das wir einsetzen wollen, für etwas, das vielleicht in zwei Jahren bereits wieder vorbei ist. Die Geschäfte, die wir hier behandeln, sollten im Prinzip von der GPK geprüft werden und aufgrund dessen stellt die SVP einen Rückweisungsantrag, der wie folgt lautet:

## **Rückweisungsantrag**

*Nur die fünf Parkplätze vor dem Geschäftshaus Janus sollen wieder eingezeichnet und die alten Parkuhren solange bewirtschaftet werden, bis wir wissen, was an der Bahnhofstrasse passiert.*

Schürmann Toni, Gemeinderat: Die über 25-jährigen Parkuhren an der Bahnhofstrasse müssen jetzt ersetzt werden. Sie sind oft defekt, frieren im Winter ein, können nicht mehr bedient werden und sind nicht mehr brauchbar. Zurzeit sind vor dem neuen Geschäftshaus Janus keine Parkfelder eingezeichnet. Es findet keine Bewirtschaftung und dadurch keine Fahrzeugrotation mehr statt. Es herrscht Unklarheit bezüglich Parkregime – darf man

parkieren oder nicht? Weiter ist es eine Einladung für unerwünschte Langzeit- und Dauerparkierer. Das ist weder im Interesse der Gemeinde noch der Geschäftsinhaber. Die alten Parkuhren nochmals zu montieren macht keinen Sinn. Um wieder Ordnung und Rotation der parkierten Autos herzustellen, muss der Platz sobald wie möglich wieder bewirtschaftet werden. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen, damit wir die Parkuhren ersetzen können. Es sind Parkuhren der neusten Generation, die sehr wenig Wartung brauchen. Es macht Sinn, dass man diese einsetzt und es muss jetzt gemacht werden.

Christian Lanz: Ich habe keine Fraktionsmeinung sondern eine Ergänzung zum Bericht des Fiko-Präsidenten.

Wir haben einen Protokollauszug des Gemeinderates, indem die Regionalpolizei ganz klar sagt, dass die Parkuhren nur mit einem teuren, integrationsfähigen Frontdecoder geprüft werden können. *(Christian Lanz wird vom Einwohnerratspräsidenten darauf hingewiesen, dass sich die Diskussion auf den Rückweisungsantrag begrenzen soll.)*

Bertschi Bruno, SVP: Darf ich Toni Schürmann daran erinnern, dass wir hier an einer Einwohnerratssitzung und nicht in einer Märchenstunde sind. Ich parkiere dort mindestens einmal pro Woche, Sommer und Winter. Es ist noch nie eine Parkuhr eingefroren.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte sämtliche Aussagen von Toni Schürmann unterstützen. Jede dieser Parkuhren ist wahrscheinlich mehr oder weniger defekt. Auch wenn der Polizist hier anwesend ist, traue ich mich zu sagen, dass ich heute in Wohlen keine Parkuhr mehr ernst nehme. Ich bezahle nicht mehr. Diese sind dermassen defekt, dass es zum Lachen ist. Dieselbe Situation wie an der Bahnhofstrasse haben wir überall in Wohlen. Alle Parkuhren sind defekt. Wir hatten ein Parkierungskonzept, dass vor zwei Jahren abgelehnt wurde. Ich frage mich nun, warum wir es nicht geschafft haben, innert zwei Jahren ein neues Parkierungskonzept zu erarbeiten. Für mich ist klar, dass die Parkplätze bewirtschaftet werden müssen. Ich stand damals dafür ein. Die Parkuhren werden recht sein mit digital und weiss ich was. Im Prinzip müssten wir sofort jede Parkuhr in Wohlen ersetzen, weil uns Geld verloren geht. Weshalb warten wir auf das Parkkonzept?

Gallati Jean-Pierre, SVP: Parkuhren sind etwas Schönes. Da kann jeder darüber sprechen, ob er Auto fahren kann oder nicht, auch Grüne, Linke und SVP-ler, wie ich einer bin. Deshalb erlaube ich mir ein paar Sätze zu sagen. Es geht hier wieder um eine Salamtaktik-Vorlage. Der Herr Gemeinderat Schürmann sagt, wir müssen dringendst entlang der Bahnhofstrasse die 25-jährigen Parkuhren ersetzen. Die können auch 25 Jahre und ein halbes mehr dort stehen. Auf diese paar Monate kommt es nicht an. Wenn wir diesen Nachtragskredit bewilligen und diese Vorlage nicht zurückweisen, Herr Präsident, weiss ich bereits jetzt, wie die Geschichte weitergeht. Irgendwann wird der Verpflichtungskredit kommen, um dies flächendeckend zu machen. Dann heisst es „das System, das hier eingeführt wurde, haben wir ja bereits dort eingeführt, die 20-25 Parkplätze entlang der Bahnhofstrasse, also müssen wir das auch flächendeckend einführen“. Deshalb ist es einmal mehr, politisch geschickt, Salamtaktik des Gemeinderates. Deshalb ist der Einwand von Ariane Gregor, den sie als GPK-Präsidentin gemacht hat, berechtigt. Der Verpflichtungskredit, der später kommt, gehört bestimmt durch die GPK. Weil sie der CVP angehört, hat sie sich vermutlich nicht getraut, dies so deutlich zu sagen, dass es um eine Salamtaktik geht. Deshalb möchte ich euch bitten, die Vorlage zurückzuweisen mit dem politischen Auftrag, eine gesamtheitliche Erneuerung der Parkuhren vorzubringen, mit einem Verpflichtungskredit. Da wird, wenn es nicht mehr Parkplätze und Gebühren gibt, auch die SVP zustimmen.

## Abstimmung Rückweisungsantrag

Dem Rückweisungsantrag

*Es werden nur die fünf Parkplätze vor dem Wohn- und Geschäftshaus Janus wieder eingezeichnet und mit den Parkuhren solange bewirtschaftet, bis man weiss, was mit der Bahnhofstrasse passiert.*

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

15      0.011.1      Einwohnerrat; Berichte und Anträge  
Postulat 11183 Verbesserung der Busverbindung zwischen Wohlen und Baden

---

Veghini Dario, SP: Die Beteiligung von Wohlen und des gesamten Freiamtes am öffentlichen Verkehrsnetz ist lückenhaft. Wir bringen in diesem Postulat die Situation der ÖV-Verbindungen Wohlen-Baden zum Ausdruck. Eine direkte Verbindung existiert nicht. Mit dem Zug ist das Umsteigen in Dietikon, Rapperswil oder Othmarsingen nötig, mit dem Bus in Stetten. Die Fahrzeiten betragen zwischen 40-52 Minuten. Die Frequenz ist halbstündlich in Stosszeiten, ansonsten stündlich. Unbefriedigend ist die Situation bei Stosszeiten für die Busverbindung über Stetten. Aufgrund der starken Verkehrsbelastung kann der Fahrplan oft nicht eingehalten werden und die Anschlüsse werden verpasst. Vielmals sind kaum Sitzplätze vorhanden. Eine Vorabklärung mit der Postauto Schweiz, Region Nordwestschweiz, zeigt, dass das Angebot optimiert werden kann. Auf dieser Basis wird der Gemeinderat eingeladen, eine Verbesserung der Busverbindung zwischen Wohlen und Baden zu prüfen. Insbesondere ist eine direkte Verbindung zu Stosszeiten anzustreben.

*Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Es wird keine Diskussion gewünscht. Das Postulat 11183 ist dadurch überwiesen.*

Perroud Arsène, Präsident: Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet und liegt dem Einwohnerrat vor. Benno Kohli, bist Du als anfragende Person zufrieden mit den Antworten oder verlangst Du die Diskussion?

Kohli Benno, FDP: Ich bin mit den Antworten nicht zufrieden und verlange eine Diskussion. Es wurde sehr viel geschrieben, jedoch wird viel Geschichtsschreibung in dieser Antwort gemacht und wenig konkrete und wichtige Inhalte. Bevor ich auf die einzelnen Fragen eingehe, möchte ich sagen, dass mir zugetragen wurde, wie viel Energie in der Ferrohalle verbraucht wird. Wenn man das durchrechnet, steht das im krassen Gegensatz dazu was in der Antwort steht. Ich möchte Euch bitten, dass wir kurz über diese Antwort diskutieren können.

Anna Keller, Grüne: Ich befürworte von meiner Seite, dass wir darüber diskutieren können.

### **Abstimmung Diskussion**

Die Diskussion wird mit 34 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme bei einer Enthaltung beschlossen.

Kohli Benno, FDP: Wie eingangs erwähnt, wurde sehr viel geschrieben in der Antwort über das Bauvorhaben der Digitec und über die Baubewilligungserteilung. Einiges stimmt, vieles ist aber auch kein Thema in diesem Zusammenhang, z.B. ob die Firma Digitec einen Preis im Swiss Economic Forum erhält. Thema ist, ob das Baugesuch korrekt abgewickelt wird oder nicht.

Zur Frage 1: Wie kommt der Gemeinderat auf die Idee, dass es sich beim Umbau einer 11'500 m<sup>2</sup> grossen Halle mit Investitionen von CHF 7.2 Mio. für ein neues Dach und neuen Boden um ein geringfügiges Baugesuch handelt? Nach all den Sachen, die hier genannt werden, werden nur diese genannt, die sich im Innern befinden. Es ist aber eine Dachsanierung und es wird klar gesagt, dass dieses frisch isoliert wird. Zu dieser Frage muss man klar sagen: Die Antwort ist falsch. An diesem Gebäude wurde eine massive Umnutzung vorgenommen. Früher hatten wir eine Stahlhalle, heute haben wir ein Lagerhaus. Für ein Lagerhaus ist vorgesehen, dass ein Energienachweis vorgelegt werden muss. Ich möchte daran erinnern, dass bei diesem Baugesuch zu Beginn kein Energienachweis eingefordert wurde. Es ist aber eine Umnutzung, es wird geheizt und der Verkehr ist auch ein ganz wichtiger Aspekt. Es ist ganz klar eine Nutzungsänderung und der Verkehr muss bei einem solchen Projekt überprüft werden. Die Aussage „es arbeiteten einmal 450 Personen dort“ reicht nicht.

Zur Frage 2: Auch dort ist es so, dass der Verkehr ausserhalb des Gebäudes stattfindet und beim Baugesuch der Verkehr zuwenig beachtet wurde. Nach meinen Informationen gibt es kein Verkehrsgutachten.

Zur Frage 3: Dort heisst es, die Ferro Wohlen sei früher bewilligt worden. Das ist richtig. Nur ist es so, dass die Ferro Wohlen-Baubewilligung nicht mehr gültig ist. Wir hatten damals ein ganz anderes Bauwerk, eine ungeheizte Halle, ein Stahlwerk. Man kann nicht von einer alten auf eine neue Baubewilligung schliessen. Ansonsten würde auf jedem alten Grundstück die alte Baubewilligung weiter gelten. Das ist klar falsch.

Frage 8: Das ist richtig. In der Energiesparverordnung werden Gebäude, die unter 10 Grad beheizt werden, nicht erfasst. Gemäss Baugesuch ist das Gebäude nur 5 Grad beheizt. Nun ist es so, dass in der Ferro Wohlen (das weiss ich aus relativ naher Quelle) extrem viel Energie verbraucht wird. Pro Monat wurde mindestens ein Tanklastwagen Öl verbrannt. Das sind 23'000 Liter. Wenn man das umrechnet, entspricht das 10 Litern pro m<sup>2</sup>. Wohl bemerkt bei einer Temperatur von 5 Grad. Ein normales Gebäude, das heute bewilligungsfähig ist und auf 20 Grad geheizt wird, braucht 5 Liter Öl. Ein Minergiegebäude, das wir in Wohlen anstreben, auch an den öffentlichen Gebäuden, benötigt 2.5 Liter. Ein Minergie P Gebäude 1 Liter. Der Gesetzgeber hat nun vorgesehen, dass Gebäude, die nicht stark beheizt werden, weil sie durch ihre Eigenwärme nicht in das Problem gelangen, dass sie stark beheizt werden, nicht unter das Minergiegesetz fallen. Das ist eigentlich die Absicht des Gesetzgebers, dass solche Mengen Öl verbrennt werden. Das passt nicht zu einem Energie-Stadt-Label, das wir in Wohlen haben wollen.

Zum Thema Abholshop: Das Baugesuch kam nachträglich, falls überhaupt eines kam. Der Abholshop ist eine Umnutzung zum Baugesuch zu der Anfrage, über die wir sprechen. Dort wird nachweislich mehr als 10 Grad geheizt. Ich bin auch Kunde der Digitec und bin ab und zu anwesend. Zu meinem Bestürzen musste ich feststellen, dass die Gebäudehülle nicht gedämmt ist. Wenn mehr als 10 Grad geheizt wird, fällt das klar unter das Energiegesetz. Für mich stellt sich die Frage, ob das dem Gesetz entspricht. Der Gemeinderat schreibt in der Antwort, dass die Ferro nachträglich einen Energienachweis eingereicht hat. So gehe ich davon aus, dass dies auch erfüllt ist. Dort kann er nicht erfüllt sein.

Zur Kanalisation: In diesem Baugesuch wurde eine Auflage gemacht. Und zwar, dass der Kanalisationsplan rechtzeitig eingereicht wird. Das war jedoch nicht der Fall. Wenn ich ein Einfamilienhaus oder einen Hühnerstall in Wohlen baue, habe ich 20-30 Auflagen. Erfülle ich eine nicht, kriege ich eins aufs Dach. Bei der Ferro bekommt derjenige aufs Dach, der darauf hinweist. In dem Fall war ich das. Meines Erachtens hat es diverse Sachen, wo sich wirklich die Frage stellt, ob sie richtig beantwortet sind. Dasselbe betrifft auch die Kanalisationsanschlussgebühr. Natürlich ist diese bewilligt. Es wäre aber daran, nachzuschauen, ob die Kanalisationsanschlussgebühr dazumal erhoben wurde.

Für mich stellt sich auch die Frage, weshalb das nicht in der Raum-, Bau- und Verkehrsplanungskommission behandelt wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden in der Kommission alle heiklen Themen behandelt bis zu Hühnerställen und Gartenhäusern. Ich habe als damaliges Mitglied nachgefragt. Ich erhielt eine kurze, spitze Antwort: „Das sei nicht wichtig, was dort läuft“. Somit war das erledigt. Ein Gebäude mit 12'000 m<sup>2</sup> ist ein grosses Gebäude und nachdem gewisse Fragen offen sind, wäre das der angebrachte Rahmen gewesen, um das zu besprechen.

Zur letzten Frage, ob es betreffend der Ferro eine Bevorteilung gegeben hat. Selbstverständlich schreibt der Gemeinderat, dass es keine Bevorteilung gegeben hat. Für mich stellt sich aber die Frage, ob es eine gegeben hat, wenn ich die Energiesachen betrachte. Es geht um Kosten. In der Antwort gibt man faktisch zu, dass es eine Bevorteilung gab. Es wird wieder auf Marcel Dobler hingewiesen, der ein Held ist und die Firma gegründet hat. Dass die Firma in Wohlen ist, Steuern bezahlt und eine Wertschöpfung bringt, ist alles gut. Das ist aber nicht die Antwort zur Frage. Im Gesamten bin ich mit den Antworten nicht einverstanden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es handelt sich nicht um eine Fraktionsmeinung sondern um eine persönliche Meinung, die ich abgeben möchte. Vorab wäre es heute Abend wertvoll gewesen, wenn der Herr Bauverwalter genügend Sitzleder gehabt hätte. Ich weiss zwar nicht, ob er in dieses Geschäft involviert war. Aber das Thema, über das wir diskutieren, richtet sich teilweise sicher auch an die Verwaltung. Von einem Chefbeamten dürfen wir Einwohnerräte erwarten, dass er auch ausharrt. Es gibt bis 23.00 Uhr Züge nach Zürich.

Zur Vorgeschichte des Ganzen. Ich möchte daran erinnern, dass der Gemeinderat in einer eklatanten Fehleinschätzung vor drei oder vier Jahren die Ferropolis blind unterstützte. Er schrieb sogar nach Aarau, dass wir den Zonenplan für diese Firma ändern wollen. Eine Partei sagte immer, dass der Gemeinderat gewerblich-industrielle Nutzung machen soll. Das geschieht nun. Wir sind drei bis vier Jahre im Rückstand. Ich erlaube mir, kurz auf die Fragen 1, 2, 3, 5 und 11 einzugehen.

Zur Frage 1 bzw. zu deren Antwort: Die Frage war, ob es sich um ein geringfügiges Baugesuch handelte. Der Gemeinderat sagte „Ja“. Es habe eigentlich nur Veränderungen im Innern gegeben, wie bei einem Einfamilienhaus. Man muss aber die Frage stellen: Weshalb braucht es überhaupt ein Baugesuch, wenn es nur ist, wie wenn man in einem Einfamilienhaus Mauern herausbrechen und neu machen würde? Das ist nicht so. Z.B. gab es acht neue Rampen für den Lastwagenverkehr. Wir alle wissen, dass gewisse Anwesende verlangt haben, dass die Ferro auch einen Verursacheranteil an den Kreisel bei der Nutzenbachstrasse bezahlt. Das ist infolge solcher Nutzungen oder Umnutzungen. Die Antwort ist heruntergespielt. Eine Umnutzung wäre, z.B. wenn vorher eine Stahlproduktionsnutzung war und jetzt ist es eine Logistiktutzung. Eine Umnutzung ist für sich selber baubewilligungspflichtig. Man muss kein Genie sein, um das zu erkennen. Es kommt darauf an, ob ich mit einem oder 20 Lastwagen pro Tag hinfahre für die Anlieferung. Das sind Fragen, die auch für die Umwelt relevant sind.

Die Frage, die Benno Kohli bereits angesprochen hat. Es ist nach meiner Einschätzung so: Die Baubewilligung aus den 50er oder 60er Jahren für die Ferro, für die Stahlproduktion, wurde 1994 aufgegeben mit der Schliessung der Ferro. Rechtlich gibt es diese nicht mehr. Da kann man doch jetzt nicht sagen, es sei eine Projektänderung. Man müsste ein neues Baugesuch einreichen.

Zur Frage 2: Es geht nochmals um die Frage, ob es ein geringfügiges Baugesuch sei. Es gebe nur Veränderungen im Innern des Gebäudes. Eine Anlieferung ist meistens im Äusseren des Gebäudes, dies wirkt sich bis auf die Kantonsstrasse aus.

Zur Frage 3: Ob keine öffentlichen Interessen berührt seien. Das ist eine Frage der Ausschreibung. Muss ich das ausschreiben oder kann ich es im vereinfachten Verfahren machen? Selbstverständlich sind öffentliche Interessen berührt, wenn es den Verkehr betrifft. Z.B. Kreisel: Hat es genug Kapazität? Müssen wir die Strasse verbreitern? Der Gemeinderat schreibt „gegenüber dem bewilligten Zustand“. Da interessiert doch, welcher Zustand bewilligt wurde. Von welchem Zustand ging man aus?

Zur Frage 5: Ob die direkten Nachbarn schriftlich über das Baugesuch informiert worden sind. Die Frage hat er gestellt, weil man im vereinfachten Baubewilligungsverfahren Nachbarn anschreiben muss. Dafür muss nicht öffentlich ausgeschrieben werden und stattdessen müssen sie unterschreiben. Die Antwort des Gemeinderates ist, dass dies nicht so wichtig sei, die Nachbarn seien dort eingemietet. Nicht mal diese selbstverständliche Pflicht wurde erfüllt. Die Meinung des Einwohnerrates hierzu wäre sicher für den Bauverwalter interessant, mindestens zur Kenntnis zu nehmen. Vielleicht liest er in fünf Monaten das Protokoll.

Zur Frage 11: Kanalisationsanschlussgebühren. Da bin ich anderer Meinung als Benno Kohli. Selbstverständlich braucht es Kanalisationsanschlussgebühren. Entweder weil es ein neues Baugesuch ist, dann rechnet man zu Beginn, oder weil es eine Umnutzung ist, dann rechnet man, was neu dazu kommt. Unser Reglement, das wir vor zwei oder drei Jahren neu verabschiedet haben, sieht den Fall der Zweckänderung vor und sagt wie das Vorgehen ist. Es benötigt dann eine neue Gebühr, wenn es eine Mehrbelastung der Abwasseranlage benötigt. Manchmal gibt es den Mechanismus, dass man alte, bereits bezahlte Gebühren anrechnen kann. Unser Reglement ist nicht blöd. Es differenziert und wir Einwohnerräte haben es damals verabschiedet.

Persönlich bin ich auch der Meinung, dass es nach Spezialbehandlung einer einzelnen Firma riecht. Damit es nicht heisst, ich sei böse, erwähne ich den Namen der Firma nicht. Wir legen Wert darauf, dass alle Privaten, alle Bürger gleich behandelt werden.

Keller Anna, Grüne: Ich möchte mich nur zum Energiebereich äussern. Über das andere weiss ich zuwenig Bescheid. Ich finde es eigenartig, wenn bei der Frage 8 als Antwort steht, der Energienachweis sei nachgereicht. Das ist zwar gut, aber es muss auch kontrolliert werden, ob dieser erfüllt wird. Öfters werden solche nachgereicht, sind aber nicht in Ordnung. Es wäre von Interesse zu wissen, ob das erfüllt ist.

Ich finde es gut, dass es die Firma hier gibt. Es ist eine tolle Firma. Ich habe sie bereits mehrfach genutzt. Der Ladenbereich ist ganz sicher beheizt. Ich sehe niemanden in dicken Kleidern herumlaufen und selber habe ich auch nicht gefroren. Vermutlich herrschen ca. 20 Grad. Dementsprechend müssten die aktuellen Energievorschriften erfüllt sein. Für mich ist die Frage: Wer prüft das? Wird das wirklich eingehalten? Für mich hat es auch nicht den Eindruck gemacht. In der grossen Halle war ich nie, ist aufgrund der Unterlagen jedoch vermutlich riesig. Auch dort habe ich niemanden mit dicken Jacken herauskommen gesehen. Wenn sie höchstens 5 Grad hätten (Kühlschranktemperatur), müsste es im Winter bitterkalt sein. Ich frage mich, ob dies tatsächlich der Fall ist. Ich fände es richtig, wenn dies überprüft wird und die Halle auch den Vorschriften entsprechend eingerichtet ist. Ich habe in einer Zeitung gelesen, dass weitere Teile der Halle ausgebaut und saniert werden. Es ist richtig, dass diese so instand gestellt werden, dass sie wieder gebraucht werden können. Es ist wichtig, dass wir als Energiestadt das energetisch richtig betreiben. Insbesondere grosse, hohe Räume brauchen bekanntlich viel Energie, da Wärme steigt.

Geissmann Armin, FDP: Die Ferro Wohlen stand lange still. Nun will man etwas machen und wir diskutieren über Energie und Energielabel. Wir sollten froh sein, dass auch in der Ferro etwas läuft, positiv investiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen etwas tun und das gehört sich für Wohlen. Ich bin sicher, dass das Label eingehalten wird.

Tanner Peter, SVP: Das Votum von Armin Geissmann ist ein wenig eigenartig. Es bezweifelt niemand der Anwesenden, dass wir Firmen wollen und diese unterstützen. Das heisst aber noch lange nicht, dass wir sie „einladen“, an den Vorschriften vorbeizugehen. Ich bin speziell interessiert, als neues Mitglied der Natur- und Umweltkommission, dass die energetischen Sachen explizit und gut eingehalten werden. Insbesondere bei Neufirmen, die nach Wohlen ziehen, müssen wir diese strikt anwenden. Es gibt für mich keine Entschuldigung, wenn das so stattgefunden hat, wie das Benno Kohli und Jean-Pierre Gallati dargestellt haben. Ich lade die beiden Herren bereits jetzt ein, entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Geissmann Thomas, FDP: In Wohlen herrscht eine verkehrte Welt. Wir von der FDP haben das Glück, dass verschiedene Meinungen zugelassen sind. Für mich entscheidend in dieser Diskussion ist, ob Gesetze missachtet wurden. Wenn ich das so betrachte, steht in einem Satz „Es stimme zwar, dass unter 10 Grad der Minergiestandard nicht befolgt werden muss, aber man noch mehr leisten kann für die Umwelt“. Wenn wir das Glück haben, Wirtschaftsförderung zu betreiben und Unternehmen herzulocken, dann sollten wir das auch tun. Wenn jeder einzelne Anwesende seine persönliche Meinung noch einbringen möchte, weiss ich nicht, wo wir die Gemeinde hinbringen. Vermutlich nirgends.

Kohli Benno, FDP: Lieber Thomas: Ich bin investitionsfreudig und für jede Firma die nach Wohlen kommt. Es gibt aber einen Grundsatz in diesem Staat und das ist die Rechtsgleichheit. Selbstverständlich bin ich sehr vorsichtig mit Aussagen, dass Gesetze nicht eingehalten wurden. Es ist aber augenfällig, Anna Keller hat dies ebenfalls erwähnt. Mindestens in diesem Shop ist ein Gesetz nicht eingehalten worden. Es geht aber auch um die Baubewilligung. Da wurden einige Abkürzungen genommen. Ich kritisiere weder die Firma noch deren Standort. Sondern den Weg den man geht. Und der Vollzug muss korrekt sein.

Gregor Ariane, CVP: Die Debatte ist sehr interessant. Ich möchte aber wissen, was nun herauskommt aus der Diskussion. Wird nun gegen den Gemeinderat gestritten, der eine Bewilligung erteilt hat, die eventuell nicht rechtens war? Wir sind alle einverstanden, dass die Gemeinde Wirtschaftsförderung betreiben muss. Wie weiter? Was bezweckst du mit dieser Diskussion?

Kohli Benno, FDP: Ich möchte den Gemeinderat auffordern zu prüfen, ob die rechtsgültigen Gesetze eingehalten wurden und ob mindestens die Auflagen, die er gestellt hat, eingehalten sind, respektive bezüglich Energie, die gewissen Anmerkungen zu überprüfen und schauen, dass keine Energieverschwendung herrscht. Dann ist bereits viel gemacht. Bei zukünftigen Baugesuchen der Ferro fordere ich ganz klar, dass man bezüglich Verkehr und Auswirkungen ganz klar ein Verkehrsgutachten verlangt, um die Auswirkungen zu kennen. Es kann nicht sein, dass man ein derart grosses Gelände mit frischen Nutzungen auffüllt ohne jemals über den Verkehr zu diskutieren, während wir ein Verkehrsgutachten ab 5 Parkplätzen bringen müssen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist die Kernfunktion des Einwohnerrates, dem Gemeinderat auf die Finger zu schauen. Dieser kontrolliert seinerseits die Verwaltung. Es ist nicht nur unser Recht sondern auch unsere Pflicht. Dass wir nachträglich nichts mehr ändern können, ist wohl jedem klar. Wenn wir diese Diskussion führen, geht es um die Zukunft. Deshalb wäre ich dankbar, wenn der Herr Bauverwalter hier wäre. Bei den nächsten beiden Traktanden geht es wieder um dasselbe. Bei der IBW um die CHF 3 Mio., die widerrechtlich nicht öffentlich ausgeschrieben wurden. Wenn ich einen Vorstoss mache, hoffe ich, dass beim nächsten und übernächsten Bau wenigstens die Vorschriften beachtet werden. Zumindest dann wenn der Gemeinderat glaubt, es stimme. Bei den Geschenkkzahlungen an den Gemeinderat geht es um dasselbe. Das ist auch bereits passiert. Eventuell können wir das Geld wieder zurückholen. Es geht darum zu schauen, ob es der Gemeinderat richtig gemacht hat oder was wir daran falsch finden. Das ist wahrscheinlich auch die Absicht von Benno Kohli und den Grünen, die die Diskussion unterstützt haben, damit es in Zukunft anders und richtig läuft. Diejenigen, die der Meinung sind, es sei hier richtig gelaufen, müssen wirklich sagen, die Diskussion sei vergebens. Alle anderen müssten dem schon etwas abgewinnen.

Burkard Thomas, Grüne: Ich möchte Benno Kohli unterstützen. Der Grundsatz der Rechtsgleichheit steht ganz klar zuoberst. Da können wir nicht schummeln. Diesen Vorwurf muss der Gemeinderat nun annehmen. Es lief nicht alles rund. Ich möchte den Gemeinderat aufrufen, in Zukunft etwas sensibler zu handeln in einer solchen Situation. Wir wissen alle, dass die Ferro, seit sie hier ist, ein leidiges Thema ist. Es gibt wohl niemanden hier im Saal, der das nicht bestätigen kann. Es ist eine unerfreuliche Sache. Es ist auch mit der Digitec und dem Baugesuch unglücklich gelaufen.

Keller Anna, Grüne: Ich habe vorhin gesagt, dass der Energienachweis eingereicht werden muss und es wird dann geprüft ob er erfüllt ist. Falls das nicht so ist, hat die Gemeinde die Möglichkeit, Forderungen zu stellen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich verstehe, was Thomas Burkard gesagt hat, er ist ein sehr ehrenwerter Bürger. Betrachten Sie den ersten Absatz jeweils auf Seite 1 und 2. Als die Thematik auf dem Tisch war, ging es darum einen Weg zu finden und trotzdem schnell sein zu können. Was denken Sie, weshalb ich dem Ressortvorsteher sage „Wenn diese Situation eintritt, müssen wir das mit dem Baudirektor besprechen“. Sie sehen, dass alle wesentlichen Schlüsselpersonen des Departementes Raum, Bau und Verkehr involviert waren. Es war ein Grenzbereich, das müssen wir zugeben. Wenn wir nicht so gehandelt hätten, wäre eine Firma Digitec nicht hier. Mehrere Verträge wurden nachher nicht mehr unterschrieben, weil sich zum Teil die Lage bei den Firmen verändert hat. Sie können beim Verwaltungsrat Denis Kopitsis nachfragen. Was unter Dach und Fach war, ist nun das. Sie brauchen keinen teuren Standortförderer. Wir haben nicht soviel Land, das wir selber als

Gemeinde zur Verfügung stellen können. Man hat gehandelt, wir nehmen das zur Kenntnis, dass das nicht von allen als gut empfunden wurde. Man muss klar sagen, dass es ein Handeln im Grenzbereich war, aber sehr pragmatisch und auch mit Leuten aus dem Rechtsbereich. Wir hatten wiederholt Baugesuche, wo wir keine Probleme hatten. Benno Kohli, man kann davon ausgehen, dass wir die Interessen auf einem Maximum wahrnehmen. Wir hatten laufend Baugesuche. Wir stellen fest, dass wir heute eine andere Situation haben als früher. Es herrscht Ordnung aber wir nehmen Ihre Kritik zur Kenntnis. Ich denke auch Wohler Unternehmen, auch eine Leitung der Ferro, nimmt Ihre Haltung zur Kenntnis. Ich kann Ihnen versichern, wenn das Protokoll geschrieben ist, wird es auch der Ferro zugestellt. Die Verantwortlichen können ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen.

17            0.011.2        Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen  
Antwort zur Anfrage 11157 betreffend IB Wohlen AG

---

Perroud Arsène, Präsident: Die Antworten liegen ebenfalls schriftlich vor. Die Anfrage wurde von der SVP eingereicht. Seid Ihr zufrieden mit den Antworten oder verlangt Ihr die Diskussion?

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die SVP verlangt die Diskussion. Ich gehe davon aus, dass Du zustimmen wirst, nachdem Du vorhin die Diskussion abgeblockt hast mit der Begründung, wir können nun diskutieren. Ich danke bereits für die Zustimmung und verspreche, dass das, was ich vorhin in meinem zweiten Votum gesagt habe, von der Redezeit abziehen werde.

### **Abstimmung Diskussion**

Die Diskussion wird mit 14 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung nicht beschlossen.

---

Arsène Perroud, Präsident: Die Anfrage wurde ebenfalls von der SVP resp. Bruno Bertschi, Jean-Pierre Gallati und Peter Tanner eingereicht. Seid Ihr zufrieden mit den Antworten oder verlangt Ihr die Diskussion?

Gallati Jean-Pierre, SVP: Nein, wir sind nicht zufrieden. Ja, wir verlangen die Diskussion. Ich bin persönlich enttäuscht, dass du der vorherigen Diskussion nicht zugestimmt hast, nachdem du die erste Diskussion abgewürgt hast. Wir können nachher diskutieren. Ich erachte dies als inkonsequent. Die Zermürbungstaktik des Einwohnerratspräsidenten und des Gemeindeammanns bei der Traktandierung geht nun voll auf. Jetzt will man nicht mehr diskutieren, wofür ich auch Verständnis habe, nachts um 21.30 Uhr. Die Ausschreibung, die man nicht macht bei der Ferro, ist noch die grössere Schweinerei als das, was man vom Gemeinderat aus gemacht hat mit der Baubewilligung bei der Ferro. Darüber will man nicht diskutieren. Hier ist vermutlich noch die grössere Schweinerei, weil man sich selber Geld aus der Kasse nimmt, ohne dass man dies richtig beschliesst und ohne dass es eine Rechtsgrundlage dafür gibt. Es ist Euch überlassen, ob Ihr darüber diskutieren wollt oder ob es Euch zu unangenehm ist.

Arsène Perroud, Präsident: Wenn ich der Meinung bin, und das ist vorhin passiert, dass es nur noch auf persönliche Anfeindungen hinausläuft, womit beide Seiten zu tun haben, bin ich der Meinung, dass dies keine Diskussionsgrundlage mehr ist, wenn man über eine Anfrage diskutiert. Ich war der Meinung, dass alle ihren Standpunkt erläutern konnten, insbesondere der Gemeinderat. Sämtliche Fraktionen haben Stellung genommen und so erachte ich es als angebracht, die Diskussion zu beenden, nach viermaliger Ankündigung.

### Abstimmung Diskussion

Die Diskussion wird mit 23 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es geht hier genau um dieselbe Frage, die Ariane Gregor vorhin gestellt hat. Es geht darum, zu prüfen, ob der Gemeinderat es richtig gemacht hat oder nicht. Nur mit Blick auf die Zukunft, wenn man von der Rückzahlung absieht. Wenn man den Vorstoss mit den 9 Fragen betrachtet, gebe ich zu, eine Frage unsererseits hat nichts mit der Sache zu tun. Die interessiert uns nicht mehr. Aber die rot markierten Fragen 1, 2, 3 und 4 sind in dem Papier, das mit Antwort übertitelt ist, schlicht und ergreifend nicht beantwortet. Wir von der SVP wollen wissen, wann die Zahlungen beschlossen wurden. Wir wollen wissen, ob die drei Gemeinderäte, die profitiert haben, in den Ausstand getreten sind. Wir wollen auch wissen, wer der Finanzverwaltung den Befehl gab, das Geld auszuzahlen. Auch so wollen wir genau wissen, was die Grundlage ist, nicht ob man das bereits einmal gleich falsch gemacht hat. Falls wir das heute Abend nicht zu erfahren bekommen, müssen wir auch an der zweiten Anfrage festhalten. Da haben wir nicht mehr gemacht, als die roten Fragen nochmals gestellt. Diesmal in einem ganz höflichen Ton, wo wir auch keine Belehrungen des Dudens brauchen. Vielleicht müssen wir auch sonst weitermachen, bis wir Licht ins Dunkle bringen, was passiert ist. Ich persönlich und vermutlich auch die Herren Bertschi und Tanner, die mitunterschieden haben, erachten die Antwortenverweigerung als Affront gegenüber dem gesamten Einwohnerrat. Nicht nur den dreien gegenüber, die die Fragen gestellt haben. Sie wollen Euch nicht zeigen, wie das passiert ist und was man hätte anders machen sollen. Deshalb beantworten sie die Fragen 1-4 nicht. Ich kann nur soviel sagen. Die SVP, und auch ich persönlich, machen solange

weiter, bis das Geld wieder in der Kasse ist. Das sind CHF 8'000.00. CHF 1'000.00, die man dem Steuerzahler gestohlen hat, wurden ja zurückbezahlt.

Wille Franz, CVP: Im Namen der CVP-Fraktion möchte ich zu vier Punkten Stellung nehmen.

Erstens: Eigentlich wäre die Behandlung der Rechnung 2009 der richtige Platz, um Fragen zu Zahlungen irgendwelcher Art zu stellen. Jetzt sind, bereits bevor die Rechnung zugestellt wurde, detaillierte Angaben zu den Abschiedsgeschenken an die zurückgetretenen Mitglieder des Gemeinderates publiziert und politisch vermarktet worden, inklusive Barzahlung oder Reka-Schecks.

Die Ursache dürfte sein, dass Personen, die auf Grund ihrer Tätigkeit vor den anderen Einwohnerräten Zugang zu diesen Daten haben, an der Veröffentlichung interessiert sind.

Entweder sind es Personen aus der Verwaltung, die plaudern, oder es sind Personen aus der FIKO, die ihre besonderen Kenntnisse verwenden. Beides ist meiner Meinung nach inkorrekt. Als Ratsneuling bin ich erstaunt, dass dieser Vorgang in Wohlen offensichtlich kein Thema ist. Hat man sich an Indiskretionen schon so gewöhnt?

Zweitens: Jean-Pierre Gallati hat mit seiner Kritik Recht. Ich meine seine Kritik vor vier Jahren, als er dem Gemeinderat ans Herz legte, Austrittsgeschenke in Form von Barzahlungen zu vermeiden.

In einer Behörde weiss man nach vielen Jahren mehr oder weniger guter Zusammenarbeit, welches Geschenk einem Ratsmitglied, das zurückgetreten ist oder abgewählt worden ist, eine besondere Freude macht und eine bleibende Erinnerung an einen wichtigen Lebensabschnitt hinterlässt. Falls man es doch nicht weiss, gibt es meist Lebenspartner, die einen guten Tipp geben können. Ein Geschenk soll doch Wertschätzung und Dankbarkeit ausdrücken, sogar ein Freundschaftszeichen nach einer gemeinsamen Wegstrecke sein.

Das Geschenk in Form eines Geldbetrages, wenn möglich noch nach Abzug von Sozialbeiträgen und als Bestandteil des Lohnausweises versteuerbar, ein solches Geschenk ist irgendwie stilllos und irgendwie lieblos. Es hat dadurch eher den Charakter eines Lohnbestandteiles als eines Geschenkes.

Es geht auch anders. Ich kam in Villmergen in den Genuss eines Abschiedsgeschenkes, mit dem mir meine Kollegen im Gemeinderat einen Herzenswunsch erfüllt haben, eine Reise nach Rom. Das Geschenk wurde mir bei der Verabschiedung an der Gemeindeversammlung öffentlich überreicht. Dieses Zeichen der Wertschätzung und Freundschaft werde ich nie vergessen.

Mein Aufruf an den Gemeinderat: Macht doch Geschenke, die als Geschenke wahrgenommen werden und bleibende Erinnerungen schaffen.

Drittens: Beim dritten Punkt ist die CVP absolut anderer Meinung als die Fragesteller. Abschiedsgeschenke an ehemalige Amtsträger sind absolut normal, überall weit verbreitet und seit langer Zeit üblich.

Die AZ hat am 3. März 2009 in verdankenswerter Weise dies durch eine Umfrage bei allen 43 Freiamter Gemeinden dokumentiert. Alle 23 Gemeinden des Bezirks Bremgarten kennen die Tradition der Abschiedsgeschenke, auch alle 20 Gemeinden des Bezirks Muri. Warum das in Wohlen als Diebstahl bezeichnet wird, ist mir schleierhaft. Bei 14 Gemeinden ist die Entscheidungsgrundlage ein Gemeinderatsbeschluss, bei 29 beruft man sich auf eine langjährige Praxis.

Auch die Höhe der Wohler Entschädigung liegt im Vergleich zu den andern Gemeinden im Rahmen und ist kaum zu beanstanden. Die SVP und ein paar Leserbriefschreiber, die dem Gemeinderat ein unredliches Verhalten vorwerfen, liegen in dieser Frage für einmal falsch. Selbstverständlich dürfen zur Wohler Praxis Fragen gestellt werden. Aber bedenkenswert und bedenklich ist die Wortwahl und Gewichtung, die in der Anfrage getroffen worden ist.

Dem Gemeinderat kann kein pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen werden. Er hat innerhalb seiner Zuständigkeit und Kompetenzen gehandelt. Er hat die Anschuldigungen im Vorstoss und in der Öffentlichkeit nicht verdient. Eigentlich könnte man ja auch zuerst die Beantwortung der Fragen abwarten, bevor man zusammen mit der Fragestellung bereits eine Verurteilung vornimmt.

Wir alle wissen aus jüngster Vergangenheit und aus der Gegenwart, wo und bei welchen Grössenordnungen das Volk von „schamlosen Abzockern“ spricht. Wohl kaum bei insgesamt CHF 9'000.00 für drei Personen.

Und wie die SVP den Steuerfuss auf 99 % senken will, die Gemeindekasse aber gemäss ihrer eigenen Aussage „notleidend“ ist und bereits bei CHF 9000.00 „geplündert“ wird, ist mir rätselhaft.

Viertens, letzter Punkt: Der Gemeinderat ist mit seiner Verbuchung der Abschiedsgeschenke in der Rechnung 2009 sogar besonders transparent. Tatsächlich lässt sich diese Position nicht im Voraus budgetieren. Sie ist abhängig vom Verhalten der Ratsmitglieder und vom Wahlresultat durch die Stimmberechtigten.

Andere Gemeinden verbuchen solche Geschenke in der Position „Kompetenzgeld des Gemeinderates“. Über diese Position werden verschiedene Ausgaben im Kompetenzbereich des Gemeinderates verbucht, die nicht präzise planbar sind. Zum Beispiel: Ehrengeschenke an hohen Geburtstagen, Einladung zum Essen, wenn ein Regierungsrat im Dorf ist, Café Avec an einer kantonalen DV, Austrittsgeschenke an pensionierte Mitarbeiter, und so weiter. Durch Bewilligung dieser Position mit dem Voranschlag, allenfalls mit Zusammenlegung einer weiteren Position, liegt auch die Verfügungsgewalt unbestritten beim Gemeinderat. Diese Art der Budgetierung sollte sich der Gemeinderat überlegen.


Schlussbemerkung: Fundierte und präzise formulierte Vorstösse sind ein Privileg des Einwohnerrates. Die klare Beantwortung muss man nicht scheuen. Allerdings ist die CVP in diesem Fall der Meinung, dass dieser Vorstoss nicht vom Willen zu einer anständigeren Gemeindepolitik getragen wurde.

Arsène Perroud, Präsident: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich bin der Meinung, dass wir konstruktiv und speditiv die Geschäfte behandelt haben und danke Euch für die gute und engagierte Mitarbeit.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 31. Mai 2010 statt. Ich freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

**Für das Protokoll**



Arsène Perroud, Präsident



Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.